

Wochensatz 75 Pf., monatlich 2,25 Pf. (davon 67 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Belegpreis 3,97 Pf. einschließlich 00% U. S. S. G. und 72 Pf. U. S. S. G. für den Versand. Auslandsendung 8,00 Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefposttarif 4,65 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe „Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Willkür des Reichspräsidenten ist ein Beispiel für die Verfallung der demokratischen Verfassung. Die Verfassung ist ein Vertrag zwischen dem Volk und der Regierung. Die Regierung hat die Pflicht, die Verfassung zu wahren. Die Verfallung der Verfassung ist ein Verbrechen gegen das Volk. Die Regierung hat die Pflicht, dieses Verbrechen zu ahnden. Die Verfallung der Verfassung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Regierung hat die Pflicht, dieses Verbrechen zu ahnden. Die Verfallung der Verfassung ist ein Verbrechen gegen die Gerechtigkeit. Die Regierung hat die Pflicht, dieses Verbrechen zu ahnden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernr. Dönhofs 1A 71 290-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vertriebskonto: Berlin 57 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, 2. u. 3. Dikt.-Geb., Depotk. 1, Fernlocherstr. 65-66.

Kampf gegen rechts!

Die Kanzlerrede. — Sozialdemokratischer Angriff.

Im Reichstag hat es gestern zwei Reden gegeben, die sich mit annähernd gleicher Schärfe gegen die extreme Rechte richteten: die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning und die Rede unseres Genossen Kossmann.

Die Angriffsrichtung gegen den Nationalsozialismus war aber auch das einzige Gemeinsame dieser beiden Reden. Die Kossmanns war gut sozialdemokratisch. Die des Reichskanzlers war gemäßigter konservativ.

Kossmann analysierte die nationalsozialistische Bewegung vom Klassenkampf-Standpunkt aus richtig als einen Angriff der vorrevolutionären Mächte und des reaktionärsten Teiles der Bourgeoisie auf die demokratischen und sozialpolitischen Positionen der Arbeiterklasse.

Brüning greift den Rechtsradikalismus an als den Saboteur eines bürgerlichen Zusammenschlusses, der, — nach den sozialkonservativen Auffassungen des Redners — ja nicht unmittelbar gegen die Arbeiterklasse gerichtet sein, aber doch dem Bürgertum eine vorherrschende Stellung sichern soll.

Kossmann steht mit seiner ganzen Persönlichkeit auf dem Boden der Tatsachen, die im November 1918 geschaffen und durch ihn mitgeschaffen worden sind.

Brüning bekennet sich als Anhänger jener Tradition, die gerade durch den 9. November den stärksten Stoß erhalten hat. Er hat sich nicht freiwillig auf den Boden der neuen Tatsachen gestellt, er hat sich erst heftig geweidert, ihn zu betreten und erst allmählich sich ihm angepaßt.

Das alles ist für uns keine Neuigkeit. Wir kennen die Distanz, die uns von Brüning trennt, ebenso gut wie wir die Verschiedenheit der Weltanschauungen zwischen uns und Hindenburg kennen. Beide, Brüning und Hindenburg, gehören ihrer ganzen Veranlagung nach mehr nach rechts als nach links, und das Interessanteste an der gegenwärtigen Situation ist, daß trotzdem so etwas wie eine politische Rotgemeinschaft zwischen ihnen und der Sozialdemokratie entstehen konnte. Sie, die gemäßigten Konservativen, könnten es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, ihre Plätze einem verantwortungslosen Rechtsradikalismus freizumachen; sie können aber die Position gegen rechts nur halten, wenn ihnen die Sozialdemokratie dabei hilft. Auf der anderen Seite hat aber die Arbeiterklasse das lebhafteste Interesse daran, daß dem Rechtsradikalismus der Weg zur Macht durch möglichst starke Hindernisse verlegt wird.

Die erbitterte, leidenschaftliche Schärfe, mit der gestern der sonst so gelassene und kühle Brüning die äußerste Rechte attackierte, zeigt den tiefen Riß, der zwischen den bürgerlichen Parteien klafft. Können wir dem vielfach zersplitterten Bürgertum einen geschlossenen proletarischen Block entgegenstellen, so würden sich die Machtverhältnisse sehr bald zu dessen Gunsten wenden. Weil aber auch in diesem Fall die Beherrschten die Lasten der Herrschenden angenommen haben, weil auch die Arbeiter gespalten sind, stellt sich die Situation ganz anders dar.

Es ist für die Arbeiterklasse unmöglich, zwischen den beiden einander bekämpfenden Lagern des Bürgertums nicht Partei zu ergreifen. Unsere Todfeindschaft gegen den reaktionärsten Teil der Bourgeoisie zwingt uns faktisch an die Seite des gemäßigteren Teils, während umgekehrt die Kommunisten sich dauernd das Vergnügen leisten, dem reaktionärsten Teil der Bourgeoisie Hilfestellung zu gewähren.

Klarer von Tag zu Tag vollzieht sich der Aufmarsch für den 13. März. Er vollzieht sich mit solcher inneren Befähigung, daß mehr oder weniger geschickte Reden und mehr oder weniger pikante historische Erinnerungen nichts daran

zu ändern vermögen. Herr Brüning hat gestern — und das war für uns vielleicht das einzig Positive an seiner Rede — angekündigt, daß der Reichswehrrat über die bedingte Zulassung von Nationalsozialisten geändert werden solle, wenn sich die Voraussetzungen, unter denen er zustande kam, ändern sollten. Daß diese Voraussetzungen überhaupt niemals existierten, haben die Reichstagsverhandlungen deutlich gezeigt. Die Sozialdemokratie fordert, daß daraus die Konsequenzen gezogen werden. Sie wird nicht dulden, daß die Machtmittel des Staates in die Hände der Fried, Goebbels

und Rosenberg gelangen — und darum muß sie vor allem verhindern, daß der jüngste Parteibuchbeamte Deutschlands, Adolf Hitler, Reichspräsident wird.

Nach diesen Gesichtspunkten wird die sozialdemokratische Fraktion heute im Reichstag ihre Entscheidungen treffen, und wenn diese gefallen sind, wie vorauszusehen ist, wird der Parteivorstand die Parole zur Reichspräsidentenwahl ausgeben, die keine Ueberraschung mehr ist.

Feind ist, wer am weitesten rechts steht, und dieser Feind muß geschlagen werden!

Kossmann attackiert!

Das wahre Gesicht des Faschismus.

In der gestrigen Reichstagsführung führte Abgeordneter Genosse Kossmann aus:

Dr. Goebbels hat das Sozialistengesetz ein Schattenspiel genannt. Er weiß freilich nichts von den 1000 Jahren Zuchthaus und Gefängnis, von den unzähligen Existenzvernichtungen und von der Vertreibung so vieler nach Amerika, die unter den 12 Jahren dieses Schandgesetzes ohne eine einzige Amnestie verhängt worden sind und die das Maß von Erbitterung erklären, in das die Arbeiterklasse der Vorkriegszeit hineingetrieben wurde. Preußen behandelte bis zum Zusammenbruch die Arbeiter im Wahlrecht als Bürger minderen und mindesten Rechtes. Trotz alledem ist die sozialdemokratische Fraktion im kaiserlichen Deutschland niemals auf das traurige Niveau herabgesunken, das wir in diesen Tagen erleben haben. Von der antisemitischen Partei der Vorkriegszeit galt das Wort:

„Nicht deutsch, nicht treu, nicht ritterlich, nicht ehrlich, nur ganz unglaublich dumm — und das macht sie gefährlich.“

(Lebhaftes Zustimmung links.) Die Reden der Abgg. Goebbels, Stroher und Rosenberg haben nichts anderes gebracht, als die alten Agitationsklischees, mit denen die Hitlerpartei seit Jahren

ihre heberische Agitation betreibt. Sie beruht auf einer beispiellosen Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit über die letzten 14 Jahre. In dieser Zeit soll alle Not und Elend durch die Demokratie verschuldet worden sein. Für alle jene aber, für die die politische Geschichte nicht erst mit dem November 1918 beginnt, besteht

die moralische Verpflichtung gegenüber der heranwachsenden Generation, die Frage aufzuwerfen, was eigentlich im November 1918 geschehen ist.

Damals und zum Teil schon vorher sind die vier großen militärisch-kapitalistisch-absolutistischen oder halbabsolutistischen Monarchien der Joren, der Hohenzollern, der Sultane und der Habsburger weggesetzt worden. Vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean bildete sich ein System von demokratischen Republiken. Das Volk wollte nicht mehr Instrument großwahnsinniger Imperatoren, der Staat sollte das Instrument des Volkes sein. Es gehört schon der ganze Infantisimus (indische Geisteschwäche) des Nationalsozialismus dazu, diesen Umsturz der Geister als Werk der „Novemberverbrecher“ hinzustellen.

Der Nationalsozialismus hat sich durch ungeheure Verfälschungen großgezogen:

sein Wahlauftritt zur Reichstagswahl 1930 behauptet: „Unsere Wirtschaft beizügelt sich während des Krieges im Kreislauf. Das Ende des Krieges sah ein Deutschland, das an innerem Reichtum nichts verloren hatte und während des Krieges nichts davon verlieren konnte. Vom November 1918 an aber verfallerte und verflüchtete man die angesammelten Reserven und Guthaben des deutschen Volkvermögens.“ Haben Sie schon vergessen, daß von 1914 bis 1918 volle 14 Millionen Menschen als Soldaten bekleidet, ernährt, transportiert, als Verwundete gepflegt werden mußten, daß ebenso lange diese 14 Millionen Menschen das deutsche Volkvermögen in Form von Patronen, Artilleriegeschossen, Handgranaten, Torpedos und Bomben aller Art verpulvern mußten, und daß am Ende dieser blutigen Katastrophe Deutschland eine Schuld von 165 Milliarden hatte? Und da soll Deutschland an innerem Reichtum nichts verloren haben!

Den Verlust von 2 Millionen junger Deutscher auf den Schlachtfeldern rechnen Sie nicht, daß 1,5 Millionen deutscher Frauen zu Witwen wurden, daß 2 Millionen deutscher Kinder für ihr jüngerer Leben den Vater entbehren mußten, daß Millionen Eltern die Stütze ihres Alters hinfinken sahen, daß 1,5 Millionen Menschen in ihrer Gesundheit und Kraft schwer geschädigt zurückblieben, und daß wir nun jährlich über 1 Milliarde — es müßte viel mehr sein! — an Verzehrung aufbringen müssen — das nennen Sie „an innerem Reichtum nichts verloren“!

(Hört, hört! links — Lärm und Gelächter rechts.) Ein Volk, das einer solchen Lügenpropaganda nicht den Garaus macht, ist in tiefster Seele zu bedauern. Not und Elend kommen nicht von der Demokratie, sondern vom Kriege, der die Wirtschaft zerstört und desorganisiert hat, und von dem Mangel an einer wirklich internationalen Organisation der Arbeit und der Wirtschaft. Statt uns mit dem Köpfeleinlagen zu drohen, sollten wir lieber nachdenken, wie an die Stelle des verfallenden Systems ein neues besseres zu setzen wäre. Niemals werden Sie den wahren Schuldigen an diesem Elend, die nationalstisch-kapitalistische Reaktion von der Verantwortung freimachen.

Recht hat Goebbels damit, wenn er sagt, Deutschland schwebt in einer latenten Gefahr des Bürgerkrieges. Wir täuschen uns nicht darüber, daß eine konterrevolutionäre Situation hereinbrechen ist mit dem Ziel, die Massen der Werktätigen weit über das Jahr 1918 zurückzuwerfen. In diesem Versuch haben alle Leute ein Interesse, die in alten Obrigkeitsjahren gewohnt waren, zu herrschen und zu beschließen, und die den Verlust ihrer Vorherrschaft nicht per-

Die Eiserne Front ruft!

Wir greifen an! Versammlungen: siehe 1. Beilage

Herr Regierungsrat Adolf Hitler.

Die Staatsbürgerschaft mit der daran hangelnden Parteibuchbeamtenstelle.

Braunschweig, 25. Februar.

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler ist von der braunschweigischen Regierung mit sofortiger Wirkung zum Regierungsrat an der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt worden. Adolf Hitler ist damit deutscher Staatsbürger geworden. Die Urkunde über seine Ernennung wurde vom braunschweigischen Ministerpräsidenten Kätheenthal und dem Minister Klages am Donnerstagnachmittag unterzeichnet.

Es ist erreicht! Adolf Hitler hat es nach mancherlei Ver suchen zum Regierungsrat in Braunschweig gebracht! Die Schaffung dieser Stelle für ihn war nicht ganz leicht, und die Art und Weise, wie die Braunschweiger Regierung der Öffentlichkeit die längst erwartete Schiebung mitzuteilen hatte, war dementsprechend nicht einfach. Diese Mitteilung ist ein kostbares Dokument. Aus jeder Zeile leuchtet das schlechte Gewissen über die Schiebung und die mangelnde Ernsthaftigkeit dieser Anstellung hervor. Hier ist dies Dokument:

In Uebereinstimmung mit den Regierungsparteien hat die braunschweigische Staatsregierung Hitler eine freie Regierungs ratsstelle übertragen und wird ihn bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigen, wo er ausschließlich die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird. Mit dieser Aufgabe Hitlers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden. Die Aufgabe Hitlers wird insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs in weitestem Umfange tätig zu sein. Diese Lösung schließt jeden Zweifel an dem ernsthaften Willen der braunschweigischen Regierung aus. Hitler mit einem Amt zu betrauen, das er nutzbringend für das Land ausüben kann. Es liegt die Erklärung Hitlers vor, daß er die Stellung mit allem Nachdruck im Interesse des Landes Braunschweig wahrnehmen wird.

Erst wollte er nicht, und dann mußte er doch! Wir sehen Herrn Adolf Hitler schon, wie er mit der Ubertasche unter dem Arm als eine Art Syndikus braunschweigischer Industrieller bei den preussischen Zentral- und Provinzialbehörden und bei den einschlägigen Reichsbehörden antiambulieren wird, um mit allem Nachdruck die wirtschaftlichen Interessen des Landes Braunschweig wahrzunehmen! Das wird keine ganz leichte Aufgabe sein; denn wenn wir bedenken, aus wieviel hundert Gebietsstücken sich das Land Braunschweig zusammensetzt, und wie die wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Splitter verflochten sind mit den umgebenden preussischen Gebieten, so sehen wir keine Möglichkeit, überhaupt festzustellen, was denn nun überhaupt die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft sind. Ebenso gut könnte jede beliebige deutsche Stadt mit weniger als 500 000 Einwohnern eine besondere Vertretung zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen in Berlin errichten und das mit noch größerem Recht als das Land Braunschweig. Die Begründung zu der Schaffung einer ausgesprochenen Parteibuch stelle für Hitler ist nur für die Dummen berechnet, die von Verwaltung keine Ahnung haben.

Man könnte, wenn man diese Ernennung ernsthaft nehmen wollte, den Gedanken, welche Funktion Adolf Hitler nun zu erfüllen hat, weiter ausmalen. Man könnte sich ins-

besondere vorstellen, was Adolf Hitler als braunschweigischer Regierungsrat nun unternehmen würde, wenn er erst einmal bei der Reichspräsidentenwahl durchgefallen sein wird, und wie er es dann ermöglichen wollte, seine braunschweigischen Amispflichten auch nur zeitlich in Einklang zu bringen mit der Führung einer großen Partei. Die Konsequenz einer ernsthaften Ernennung Hitlers müßte dann der Verzicht auf die Führung der Nationalsozialistischen Partei sein.

Aber es bedarf solcher Erörterungen nicht. Vor wenigen Tagen erst hat die braunschweigische Regierung erklärt, daß sie am 1. April die Gesandtschaft in Berlin auflösen werde. Angesichts dieser Erklärung ist jede Deklamation über den ernsthaften Willen der braunschweigischen Regierung, Hitler mit einem Amt zu betrauen, das er nutzbringend für das Land ausüben könne, nichts als ein erbärmlicher Vertuschungsversuch, der den wahren Zweck dieser Ernennung verhillen soll. Es geht nicht um die Beamten-eigenschaft Hitlers, es geht vielmehr um das Staatsbürgertum, und Hitler ist nicht braunschweigischer Regierungsrat geworden, um Amisfunktionen zu erfüllen, sondern um damit die rechtliche Voraussetzung für seine Kandidatur zur Reichspräsidentenschaft zu erhalten.

Die braunschweigische Regierung muß sich sagen lassen, daß diese Ernennung deshalb nicht einen legalen Regierungsakt darstellt, sondern eine Schiebung, und daß der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Hitler — man mag aus Opportunitätsgründen darüber denken wie man will — nicht aus ordnungsmäßigen, jeder rechtlichen Untersuchung stichhaltendem Wege zustande gekommen ist. Alles das, was jetzt über die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft, über den ernsthaften Willen der braunschweigischen Regierung und die Erklärung Hitlers deklamiert wird, steht nur auf dem Papier. Denn die Tätigkeit Hitlers als braunschweigischer Regierungsrat wird damit beginnen, daß er, gestützt auf die Reichsverfassung, zunächst einmal Urlaub nehmen wird, damit er seine Kandidatur zur Reichspräsidentenschaft entsprechend vertreten kann.

Aber dieser Putsch gegen das Recht ist zugleich ein Putsch gegen das Ansehen Hitlers. Das soll nun der Einbürgerungsmodus sein, der eines deutschen Frontsoldaten würdig ist, würdiger als das einfache ordnungsgemäße Besuch um Einbürgerung! Dieser lächerliche, sich wochenlang hinziehende Kuhhandel vor und hinter den Kulissen, bei dem das Objekt des Kuhhandels von seinen eigenen Unterführern bald in diese, bald in jene Position gestochen und gezerrt wurde, so daß ein jeder in Deutschland erkannt hat, daß dieser „große Führer“ in seiner eigenen Partei nichts mehr zu sagen hat, sondern nur noch der Papanz ist, der immer nur dort steht, wo ihn eine Clique hingestochen hat, zeigt den „großen Führer“ in Unterhosen. Und zu allem hinzu der lächerlich feierliche Schwur, daß Hitler mit allem Nachdruck bemüht sein werde, den Syndikus der braunschweigischen Wirtschaft zu spielen — aus soviel Lächerlichkeit, soviel Kleinheit, soviel Subalternität ist noch kein Präsidentschaftskandidat hervorgegangen!

Jetzt gibt es nun für ihn kein Zurück mehr, kein Verstecken hinter dem Fehlen der staatsbürgerlichen Bekleidungsstücke! Jetzt muß er sich stellen — zur Wahl und zur Niederlage!

schmeißen können; viele, die durch die Kriegsfolgen zu Proletariern geworden sind, aber auch solche, die zwar Proletarier sind, aber es nicht sein wollen, lassen sich gegen ihre eigenen Interessen in eine maßlose Feindschaft gegen die Demokratie hineinziehen, durch deren Zerstörung die frühere Rangordnung wieder hergestellt werden soll. Zu spät werden diese Leute erkennen, wie sie betrogen werden.

Am Nationalsozialismus interessiert die Herren Sinnes und Sirdorf, die mit Adolf Hitler konflettieren, nicht der Nationalsozialismus und die sonstigen Absichten, sondern nur die erhoffte Wiederherstellung ihrer Macht.

(Wärmende Jurufe der Nationalsozialisten, gegen die einige Ordnungsleute verhängt werden.)

Wenn der Reichstangler am 9. November 1918 bei einer Gruppe gestanden hat, die bestimmt war, die Revolution niederzuwerfen, so weiß man doch, daß damals viele nicht Herren ihres Schicksals waren. Inzwischen aber hat der Reichstangler wohl eingesehen, daß er damals in der falschen Front gestanden hat. (Kurze Äußerst rechts und äußerst links.) Sie wissen ja sehr gut, daß

der Weg zu einer Diktatur nur über eine zersäumderte Sozialdemokratie führen kann und darum die Schamkälber der Verleumdung und Entstellung, die Tag für Tag inner- und außerhalb dieses Hauses über uns ergossen werden.

Ist es wirklich etwas Neues, was die Heilsprediger des Dritten Reiches uns beschreiben wollen? Bestimmt hat Prinz Kumi seine Söhne in die hitlerische Privatarmee eingestellt und in einer Ansprache dabei gesagt: „Heute habt ihr mich hergerufen, deutsche Jungen, ich soll zu euch sprechen, das freut mich ganz besonders, denn in euch ist ein Stück preussischer Tradition; diese hat der Nationalsozialismus in sich aufgenommen.“ Auch ohne dieses Eingeständnis müßte alle Welt, daß im Nationalsozialismus der Geist des alten preussischen Samaldienstes wieder lebendig geworden ist, jenes Geistes, dessen historische Schuld darin besteht, daß er die Selbstregierung des Volkes verhindert hat. In dieser Schuld sind die alten Staaten zusammengedrückt, nachdem sie zuvor ihre Völker in eine sinnlose Katastrophe hineingehegt haben. In seiner bekannten Bescheidenheit hat Hitler sich neulich mit Gneisenau verglichen. (Heiterkeit.) Andere Leute haben ihn mit Wilhelm II. verglichen, und das scheint schon eher ins Schwarze zu treffen. (Wärmende Jurufe der Nationalsozialisten, deren einer dem Redner anbietet, ihm ärztliche Verlangung zu verschaffen. — Da ein Fächlein dem Redner zuruft, er sei nicht im Kriege gewesen, antwortet ihm Abg. Rohmann: Ich schenke Ihnen meine Orden und Ehrenzeichen, wenn Sie mich in Stuttgart besuchen.) Wer noch das alte Regime und die Herrlichkeiten des persönlichen Regiments miterlebt hat, der erinnert sich vielleicht noch jenes Telegramms Wilhelm II. an Nikolaus II.: „Der Admiral des Atlantischen Ozeans grüßt den Admiral des Stillen Ozeans.“

Wenn der große Namensvetter des letzten Kaisers, der Schuster Wilhelm Voigt, noch lebt, so würde er an Adolf Hitler ein Telegramm schicken: „Der Hauptmann von Köpenick grüßt den Gendarmerieprofessor von Hildburghausen.“

(Große Heiterkeit.) Alle Elemente des alten Systems sind im Nationalsozialismus wieder lebendig geworden: Das Kraftmeiertum, die Hurra- und Paradedimmung, die rednerischen Eggeffe, die hysterischen Drohungen gegen Andersgesinnte und vor allem die beispiellose Anmaßung, wahre nationale Bestimmung in Erbpacht genommen zu haben und jeden Andersdenkenden als Vaterlandsverräter und Delinquent zu beschimpfen. Die Art, wie Dr. Goebbels seine Ausfälle gegen Hindenburg heute zu rechtfertigen verusche, ist die erbärmlichste Anekdote, die ich jemals gehört habe. (Behäufte Beifall links und in der Mitte.) Ein Soldat würde sich niemals einer derartigen Anekdote schuldig machen. Es widerstrebt uns, mit solchen Beschimpfungen uns auseinanderzusetzen, aber es scheint doch wieder einmal nötig zu sein, die geschichtliche Wahrheit gegen diese ganz erbärmliche politische Schmutzerei festzustellen. Es ist eines der bemerkenswertesten Symptome, daß der deutsche Rechtssozialismus jede Schurkerei mit nationalen Motiven zu rechtfertigen sucht. Millionen Sozialdemokraten haben ihre Liebe zum Vaterland mit ihrem Blut besteuert. Aber hier erlauben sich solche Leute, das Andenken der Gefallenen und verdummbeten Sozialdemokraten zu beschämen. Ein Sozialdemokrat war es, der das wunderbare Wort gesprochen hat:

„Immer haben wir eine Liebe zu dir gekannt, nur haben wir sie nie beim Namen genannt, denn es, o Deutschland.“

Die uns beschimpfen,

finden es gleichgültig mit ihren nationalen Gefühlen vereinbar, vor Mussolini auf dem Bauch zu rutschen, dem Schänder Südtirols, dem Interventionisten von 1915, der im französischen Solde dazu beigetragen hat, daß wir den Krieg verloren haben.

Wer sich auf die schiefe Bahn des heberischen Nationalismus begibt, wie die Beschimpfung des Dritten Reiches, der darf sich nicht wundern, daß sie sich beim Weisheit darüber, wer berechtigt sei, den wahren Ring der nationalen Bestimmung am Finger zu tragen, bei jeder Gelegenheit in die Haare geraten, und daß sie dabei sogar eine Persönlichkeit wie Hindenburg ausscheiden müssen. Der letzten veröffentlichte Briefwechsel Sedlitz-Hitler zeigt, daß diese nationalen Heiden sich über die Großform ihrer Pelovostarmeen freuen in einer Zeit, wo 6 bis 7 Millionen Menschen nicht wissen, wo sie das Brot für ihre Kinder hernehmen sollen.

(Nazifur: Ihr habt doch 13 Jahre regiert! — Verblüffung und Gesichter links.) Der Faschismus ist gar nicht das Neue, für das er sich ausgibt. Er ist nichts weiter, als ein ideenloser Spuk, und der wird an der politischen Kraft der Arbeiterschaft zerfallen.

Abg. Rolenberg hat hier, wie man von ihm bereits gewohnt ist, einige vollkommen aus dem Zusammenhang gerissene Sätze eines Zeitartikels des „Vorwärts“ vorgelesen. In der Vorbemerkung dieses Artikels steht ausdrücklich, daß der Verfasser nicht der Sozialdemokratischen Partei angehört, sondern ein angesehenen Hochschulpflichter ist, dem Gelegenheit gegeben wird, seine Meinung zu äußern. Und aus dem Artikel geht unzweifelhaft hervor, daß er sich gegen die einseitige Abrückungsordnung des Versailles richtete. Diese Stellen hat Rolenberg natürlich nicht zitiert. (Wärmende Jurufe rechts.)

In der Reparationsfrage hat keine Partei ein so relatives Gewissen, wie wir. Von Anfang an haben wir den Versailles Frieden als Karikatur eines wahren Friedensvertrages bezeichnet, und mit unserer Internationalen bereits vor 10 Jahren die Aherzeugung ausgesprochen, daß die Welt am besten durch eine Streichung der Reparations- und Kriegsschulden genesen würde.

Über den Weg zu diesem Ziel gehen die Meinungen weit auseinander. Es müssen dafür die politischen Voraussetzungen geschaffen werden — nicht nur bei uns, sondern auch bei denen, mit denen wir uns darüber einigen müssen. Das kann aber nicht durch das Gerede von Revanche und nicht durch den törichtesten Gesang „Elegisch woll'n wir Frankreich schlagen“ erreicht werden, auch nicht durch Aufmärsche und nicht durch Drohung mit der Zerreißung internationaler Verträge. Die Verträge einer Aktivierung der Außenpolitik im Sinne der Rechten haben ja gezeigt, wohin man damit kommt. Nicht Zerstörung, sondern Herstellung des Vertrauens kann allein unsere wirtschaftliche Situation bessern. Ein nationalstisch faschistisch regiertes Deutschland würde kein Vertrauen in der Welt erwerben.

Wir machen unsere Vorbehalte wie gegen die Außen- so auch gegen die Innenpolitik der Regierung. Nach wie vor sind wir überzeugt, daß die Politik der Lohn- und Gehaltsenkung und des Abbaus der sozialen Versicherung keinen Ausweg aus der Krise bilden kann, weder für die Industrie, noch für die Landwirtschaft, deren Produktion nur weiter einstumpft, und deren innerer Markt gedrosselt wird. Diese Politik verschärft die Krise und macht aus Deutschland ein Treibhaus für Kommunisten und Nationalsozialisten.

Das gilt besonders für die jüngste Notverordnung mit ihrem Lohnabbau-Diktat ohne gleichzeitige entsprechende Preislenkung.

Wir fordern von der Regierung, daß sie Arbeit schafft und mit ihrem Fatalismus Schluss macht. Da die Krise nicht in einem Lande allein überwunden werden kann, muß die Regierung zur Herstellung der internationalen Zusammenarbeit energisch beitragen.

Eine Nachtergreifung des Faschismus würde nur noch tiefer in den Sumpf hineinführen. Den Kommunisten sage ich, daß es uns angenehmer sein könnte, die für die Verschärfung der Krise durch Abziehung der Auslandskredite verantwortlichen Faschisten an die Macht zu lassen und in die schärfste Opposition zu treten. Aber wir wissen, daß die Nachtergreifung der Reaktion nur dem Großkapital, den Großgrundbesitzern und einer militaristischen Diktatur dienen und der Arbeiterklasse die schwerste Drangsalierung bringen würde. Wir wissen aus verschiedenen Äußerungen Hitlers, daß er die Waffe verachtet und als Ziel seiner Sendung die Heranbildung einer neuen Herrschaft, eines neuen Herrrentyps ansieht.

Die Faschisten bedauern sich der Demokratie, um sie zu zerstören. (Sehr wohl! rechts.) Ich stelle diese Zustimmung fest.

Wir nehmen auch das Wort des Herrn Goebbels an, daß das Jahr 1932 für Deutschland die endgültige große Entscheidung bringen werde. Es geht nicht mehr um Einzelheiten. In diesem Sinne werden auch wir zur Reichspräsidentenwahl Stellung nehmen. Wir sehen ganz klar die politische Linie vom September 1930 bis zu der bevorstehenden Entscheidung. Seit der Reichstagswahl verfuhr die Reaktion, mit wechselndem Gesicht und wechselnden Methoden im Reich und in Preußen an die Macht zu gelangen. Von dem Frühlings Hitler-Staun im Hotel Adlon bis zu dem Hagenabbauch von Harzburg und dem Präsidentenwahlkampf — ein groß angelegter Plan zur Zerstörung der Republik und der Demokratie, zur Anechtung der wertvollen Rassen. Die Regierungskrise soll die letzte Stufe zur Diktatur sein.

Diesen Weg haben wir dem Faschismus durch unsere Taktik verlegt. Dem Generalziel der Sicherung der Demokratie zuliebe, aber nicht für das Kabalact Brünling, haben wir ein Beispiel politischer Selbstdisziplin in diesen zwei Jahren gegeben. Und drauhen verfolgen wir das gleiche Ziel durch die rücksichtslose Kampfschloffenheit der Arbeiterschaft.

Brünling gegen rechts.

Nach den bereits im „Abend“ gemeldeten Ausführungen sprach

Reichstangler Dr. Brünling

am gestrigen Donnerstag im Reichstag über die Reparationsfrage. Er sagte: Die Herren von Freytag und Rolenberg haben so getan, als ob in der ganzen Reparationsfrage es keinen Befehl in Chequers und anschließende Aktionen gegeben habe. Kein politischer Schritt ist in den kritischen Tagen unternommen worden, ohne engste Fühlung mit der amerikanischen Regierung. Damit ist die Behauptung widerlegt, als ob wir die Initiative Hoover auch nur im geringsten geschädigt oder gestört hätten. Ueber die Bedeutung

(höhnlicher Beifall und dauernde, planmäßig störende Hurra-Rufe rechts, gegen die der amtierende Vizepräsident Esser nicht einschreitet, so daß der Redner nur mit höchstem Stimmumfang seine Schlussfolgerungen machen kann.)

Wir leben nicht mehr in dem Staatsstreichjahr 1831. Die deutschen Arbeiter sind politisch genug geschult, um zu verstehen, warum es bei dieser Präsidentenwahl geht. Und daß dabei alles geschehen kann, nur daß nicht Hitler oder ein Beauftragter Hugenberg sich auf den Stuhl Friedrich Eberts setzen kann. (Ardauernde Hohnrufe rechts.)

Der Behauptung Dr. Goebbels' von der Wehrlosigkeit der nationalen Opposition hält der Redner unter lebhaften Hört-Hört-Rufen der Linken die bereits bekannten Zahlen über die Opfer des Naziterrors entgegen.

Dieser Terror ist deutlich genug in dem Hitler-Buch „Mein Kampf“, Seite 610/611 angeführt, wo die Urteile und die Hinrichtung von 10 000 „November-Verbrechern“ vorausgesetzt wird.

Wir halten nach wie vor Schloß und Revolier nicht für politische Argumente. Für uns gilt unser altes Lied: „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit Schwert und Schild nicht kämpfen wir“, und auch die Verse:

„Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
der uns umlagert schwarz und dicht,
das ist der Unverstand der Massen,
den nur des Geistes Schwert durchdringt.“

Bilden Sie (nach rechts) sich nicht ein, mit Ihren Drohungen und Ihren Beschimpfungen und Verleumdungen irgendwelchen Eindruck auf uns zu machen. Wir wollen keinen Bürgerkrieg. (Ardauernder planmäßiger Lärm rechts, gegen den Vizepräsident Esser nichts unternimmt.) Werden wir gezwungen, dem Gegner auf einer anderen Ebene als auf der des Gesetzes und der Verfassung zu begegnen,

dann werden Sie erleben, daß eine gewaltige Bewegung im ganzen Lande sich zu offenem Widerstand sammelt wird in der Eisernen Front. Wer gegen uns das Messer erhebt, dem werden wir es aus der Hand schlagen. Allen Republikanern aber rufen wir zu: Seid einig und kampfbereit!

(Stürmischer Beifall der Soz.)

maler Pariser Reife hat sich Herr von Freytag gönzlich ausgeschwiegen. (Abg. von Freytag (Dnat.): Es ist doch nichts dabei herausgekommen!) Ihnen scheinen die ganzen Maßnahmen der Stillhaltekommission mit Ihren für Deutschlands Wirtschaft außerordentlich wichtigen Konsequenzen vollständig entgangen zu sein. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Zurückerufen muß ich die Vorwürfe gegen Dr. Walchior, dem ich für seine energische, kluge und tapfere Haltung den Dank der Regierung ausspreche. Die Reparationskonferenz ist nun endgültig auf Zumi festgesetzt worden. Deutschland hätte dringend gewünscht, daß

durch einen früheren Zeitpunkt die wirtschaftliche Depression schneller beseitigt und das allgemeine Vertrauen wieder hergestellt

müde. Die Reichsregierung hält an der Auffassung fest, die ich in dem Interdium niedergelegt habe. Die Lösung der Reparationsfrage bildet die Voraussetzung der Verständigung auch über andere wirtschaftliche Fragen, die notwendig ist, damit wir zur Wiedereinrichtung der Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt kommen.

Die Reichsregierung wird alles tun, um einer fortschreitenden Deflation zu begegnen. Die Maßnahmen des Preisamts sind zu einem gewissen Abschluss gekommen. Weitere Maßnahmen werden noch hinsichtlich der öffentlichen Tarife für Gas, Elektrizität und so weiter erforderlich sein.

Wie werden zu verhindern wissen, daß die Preise plötzlich wieder in die Höhe gehen. Den Brotpreis wollen wir stabil halten.

Alles hängt davon ab, daß die deutsche Währung stabil gehalten wird. Dazu gehört eine Einheitspolitik, die die sichere Deckung aller Ausgaben garantiert. Die notwendige Besetzung des Arbeitsmarktes zur Bekämpfung der gegenwärtigen Not setzt voraus, daß der lähmende Bestimmismus weicht. Dieser Bestimmismus wird gefördert durch die Art und Weise der politischen Agitation gegen Staat und Regierung. Darum habe ich den Versuch gemacht, die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten herbeizuführen. (Lärm und Gelächter rechts.) Der Reichskanzler wiederholt dann die entscheidenden Sätze aus seiner Rundfunkrede, in denen er sagte:

zu den Legalitätsbeteuerungen des nationalsozialistischen Führers Hitler ständen in großem Gegensatz die Aeußerungen nicht weniger prominenter Unterführer der NSDAP.

(Rufe der NSDAP: Namen nennen!) Das Auftreten der Nationalsozialisten gegenüber der ausländischen Presse im Kaiserhof und ihre milden Reden ließen es als elementarste Pflicht für den verantwortlichen Staatsmann erscheinen, nun auch einmal vor breiter Öffentlichkeit — durch den Rundfunk — die Ansicht der Reichsregierung bekanntzugeben. (Beifall bei der Mehrheit. — Lärm rechts.) Die Reichsregierung ist auch

immer für eine strenge aber gerechte Durchführung des Presseverbots einsetzbar.

Ich habe von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß es gegenüber einer sich noch so scharf gebärdenden nationalsozialistischen Bewegung nicht opportun ist, mit Maßnahmen und einer Politik vorzugehen, die an das Sozialistengesetz vergangener Jahre erinnern. (Währendlang anhaltender Lärm der Nationalsozialisten und Kommunisten.) Das ist auch die Grundtendenz des Erlasses des Reichswehrministers, daß, wenn sich ein Bestreben seitens des Führers oder der Führer einer solchen Bewegung zeigt, unbedingt die Massen auf dem Wege der Legalität weiterzuführen, man solche Bestrebungen nicht von vornherein zurückweisen kann. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das bedeutet aber nicht ein weiches Zurückweichen vor Drohungen. Sollten Sie (zu den Nationalsozialisten) etwa nach dem Erlaß des Reichswehrministers zu den Methoden früherer Zeiten zurückkehren, oder

sollten sich Mißbräuche nach diesem Erlaß in der Reichswehr ergeben, dann, so stehe ich nicht an zu erklären, würden wir ebenso entschlossen wieder einen anderen Weg wählen.

(Beifall links, lärmende Unterbrechung der Nationalsozialisten. Rufe rechts: Reden Sie über die Bürgerheute der Eisernen Front! und: Decken Sie Orzeszkos Hundepetischere! — Präsident Löbe erteilt Ordnungsrufe.) Wenn Dr. Goebbels gesagt hat, die Reichsregierung sei schuldig an dem sich entwickelnden Bürgerkrieg, so ist das (mit erhobener Stimme) das stärkste Stück aus dieser ganzen Debatte. (Lärm rechts. — Präsident Löbe fann dem Kanzler nur mit Mühe einigemmaßen Gehör verschaffen.) Die Reichsregierung hat selbstverständlich die Pflicht, für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Nationalsozialisten mandrieren sich selbst in eine Sackgasse hinein, wenn Abg. Goebbels das ein Gemeinlel nennt, daß ich zuerst mit Adolf Hitler in der Frage der Präsidentschaft verhandelt habe. Die Rechtsopposition redet immer vom System und meint dabei manchmal das System Brüning, manchmal das System des 9. November. (Rufe rechts: Das ist das gleiche!) Können Sie mich mit dem 9. November aus dem Spiel lassen Sie, wo ich da war? Am 9. November 1918 war ich in der Kärntnerpforte, die General von Winterfeldt zur Wiederherstellung der Republik gebildet hatte. (Beifall in der Mitte, Lärm rechts.)

Wenn der Abg. Rosenbergs meine vaterländische Gesinnung verdächtigt (großer Lärm rechts), so muß ich es ablehnen, darüber Belchungen von einem Mann entgegenzunehmen, der in jener Zeit noch gar nicht erwacht hatte, welches Vaterland er überhaupt hat.

(Stürmischer Beifall der Mehrheit. — Der Lärm rechts legt sich und der Reichskanzler kann nun in größerer Ruhe weiterreden.) Auf die Dauer ist es

nicht zu ertragen im Interesse des Staates, daß nachträglich über loyal geführte Verhandlungen von den Oppositionsparteien völlig falsche Nachrichten verbreitet werden.

Die Behauptung, daß ich schuld sei an dem Nichtzustandekommen einer Einheitslandtagung des Reichspräsidenten von Hindenburg, muß ich in Uebereinstimmung mit allen dafür in Frage kommenden Stellen als eine bewusste Unwahrheit bezeichnen. (Stürmische Höflichkeit.) Den Führern der nationalen Opposition ist es ebenso bekannt wie mir, daß ich diese Schuld nicht trage.

Ich habe mehrfach dem Reichspräsidenten meine Demission angeboten, um die Bahn freizumachen. In meiner Rede im Oktober habe ich deutlich genug gesagt, daß ich immer bereit war, für eine solche Eventualität die Bahn freizumachen.

Selbstverständlich wollte ich meinen Posten nur verlassen, um die Bahn für den Aufstieg freizumachen, aber nicht für das Chaos. (Beifall der Mitte, Gegenrufe der Flügelparteien.) Die Forderungen einer Gruppe, die letzten Endes darauf hinauslaufen, ihr den gesamten Staatsapparat auszuliefern, haben das Scheitern der Verhandlungen verschuldet, die nicht ich geführt habe. Zu beratigen Experimenten war der Reichspräsident, dem während seiner ganzen Präsidentschaft die Einigkeit und Konzentration aller Kräfte am Herzen gelegen hat, in keinem Augenblick bereit.

Ich muß das feststellen, damit nicht im Wahlkampf immer wieder mit solchen Lügen operiert wird.

Ich habe mich den Bestrebungen, die Opposition an die Macht heranzuführen, nicht widerlegt, weil ich immer hoffte, daß es dem wohlwollenden Führer gelingen würde, die Massen der Anhänger im Zaume zu halten. Ich habe freilich nie einen Fehlschlag daraus gemacht, daß bei einer solchen Beteiligung der Opposition an der Regierung ich mit meiner Person nicht mehr in Frage käme. (Zuruf rechts: Sie würden wir auch nicht akzeptieren!)

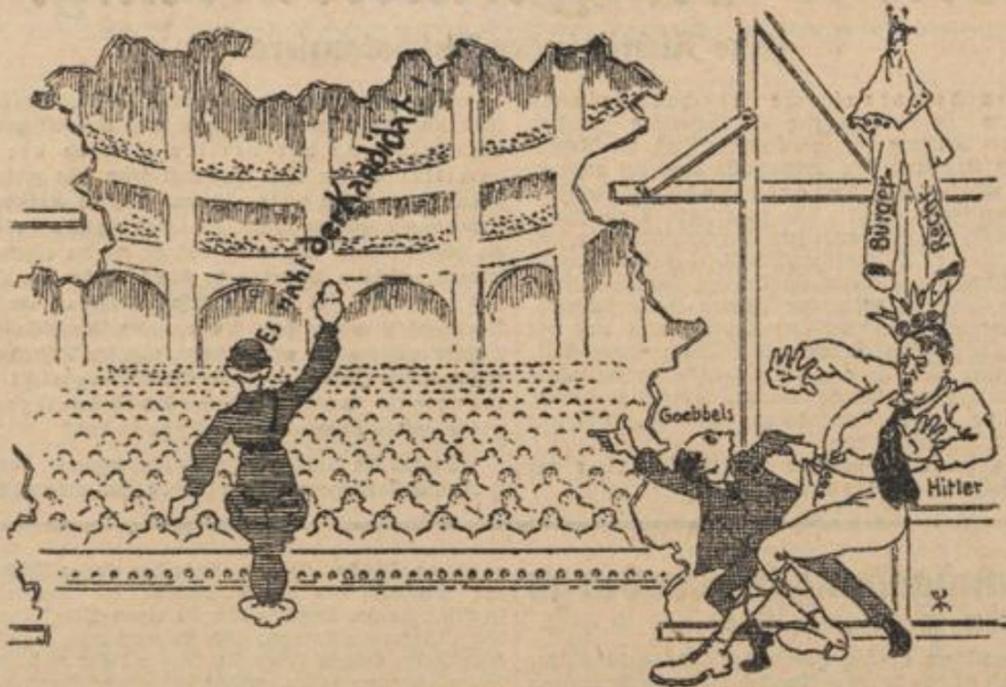
Die beiden bürgerlichen Parteien und auch andere Gruppen, die sich ihnen anschließen, können in den Reihen der Opposition zu keiner Einigung über irgendeine politische Frage kommen. Das habe ich zwar vorausgesetzt. Aber mir daraus Vorwürfe zu machen, geht doch wohl zu weit. (Geßhatter Beifall und Heiterkeit.)

Sie können auch nicht von mir verlangen, daß ich Ihnen zur Möglichkeit einer Einigung helfe, indem ich gewissermaßen über meine eigene politische Leide hinwegspringe.)

(Heiterkeit und Zustimmung.) Ebenjapenig bin ich schuld daran, daß Sie nicht als erste darauf gekommen sind, den Reichspräsidenten von Hindenburg aufzustellen.

Sie (nach rechts) jammern immer über das System und darüber, daß Sie nicht an die Macht kommen. Ja, es gehört natürlich auch ein gewisses Maß von politischem Verständnis dazu. (Großer Beifall und Heiterkeit.) Es sind unzählige Versuche in den letzten Jahren gemacht worden, mit den Reichsparteien zusammen zu regieren. Wer klug ist im politischen Leben, braucht das zwar nicht so stark herauszuschreien, erringt aber die Macht; die anderen nicht. (Händeklatschen und Heiterkeit der Mehrheit.) Wer eine Kinder-

Lampenfieber.



Regisseur Goebbels: „Los, vorwärts, auf die Bühne — das Stichwort ist schon gefallen.“
Heldendarsteller Hitler: „Halt, halt — ich hab ja die staatsbürgerlichen Bekleidungsstücke noch nicht an!“

Reichsregierung im Reichstag unterstützt, sichert sich auf alle Fälle dagegen, daß er völlig von jedem Einfluß ausgeschlossen ist.

Die Deutschenationalen haben es im Sommer 1930 in der Hand gehabt, auf diese Weise die Macht zu erobern. Aber Sie können doch nicht verlangen, daß ich Ihnen auch noch die Rezepte dazu liefere.

(Heiterkeit und Beifall.) Wenn man überhaupt von schuldhafter Verfertigung von Umständen oder politischen Ereignissen sprechen will, dann müssen Sie (nach rechts) nicht beim 9. November 1918 anfangen, sondern bei den politischen Fehlern der Vorkriegszeit. (Beifall.) Aber dieser Teil der Rede ist vergessen. Mein System hat mit ihrer Darstellung nichts zu tun. Mein System, das ist die Beschreibung der notwendigen sachlichen Linie ohne Rücksicht darauf, was politisch mit mir oder mit meiner Partei geschieht. Ich denke nur daran, das deutsche Volk in diesem furchtbaren (schwarzen) Kampfe zu führen, daß es schrittweise vorwärts kommt. Und wenn ich immer wieder Hoffnungen in diesem Kampfe schöpfen konnte, dann, weil ich einem Manne dienen konnte, wie dem Reichspräsidenten von Hindenburg. (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der Mitte.)

Wer das Glück hat, diesem Manne dienen zu können, wird auch Verständnis dafür haben, daß ich alles daran setze, und mit mir wohl die Mehrheit des deutschen Volkes, daß dieser Mann weiter die Geschicke des Volkes leiten kann.

Vergessen Sie eines nicht: Von der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg hängt es auch ab, ob die Welt glauben soll, daß im deutschen Volke noch Ehrfurcht und Achtung vor der Geschichte und der geschichtlichen Person besteht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Stenjes (Sozialistische Arbeiterpartei): Aus der freiesten Republik der Welt, als die die Sozialdemokratie diesen Staat ansah, ist also die sonderbarste geworden, in der man nicht mehr weiß, wer regiert.

Abg. Lorgler (Komm.) verliest einen angeblichen Kriegsplan mit genauen Anweisungen zum kommunistischen Wusch in der Nacht vom 12. zum 13. März 1932 mit Entlohnung der Polizei und Reichswehr und Auslösung der deutschen Sowjet-Republik. Dieses und ähnliche Spitzelholumente wären jetzt von den Hitlerleuten verbreitet, um eine verlorene Hege gegen die Kommunisten zu entfachen. Reichskanzler Dr. Brüning, den die Sozialdemokraten unterstützen, hat heute offen eingestanden, daß er nicht nur geistig, sondern auch physisch an der Niederschlagung der Revolution mitgewirkt hat. Durch die Bundesgenossenschaft mit Dr. Brüning ist die arbeiterfeindliche Einstellung der Sozialdemokratie gekennzeichnet.

Unter Groeners Erlaß können die Nazis einen legalen Jahne-einmarsch in die Reichswehr vollziehen.

Groener sagt, anders als Schöpflin, lieber 10 Nazis als ein Sozialdemokrat. Unter der Firma Grenzschutz werden Nazis von Reichswehroffizieren ausgebildet. Herrenanrede, Gesandtschaften um diesen diesen Beziehungen. (Branovise rechts begleitet die Verlesung der genauen Daten über diese Veranstaltungen. Nur in Sowjetrußland gibt es kein Rollenelend, sondern Aufbau. Nicht Hitler, nicht Hindenburg-Front, sondern Arbeiterfront! (Großer Beifall der Kommunisten, die darauf die erste Strophe der „Internationale“ singen.)

Wieder Unterbrechung.

Vizepräsident von Kardorff (DAP) hat die Sitzung, als das Singen auf sein Verbot nicht eingestellt wurde, unterbrochen, während die Rechte Schimpf- und Hohnrufe ausstößt.

Nach halbstündiger Pause eröffnet

Präsident Löbe die Sitzung wieder und schließt die Abg. Piel (Komm.) und Kemmle (Komm.) aus der Sitzung aus, die sie durch Anstimmungen eines Liedes gestört hatten. (Protestrufe der Kommunisten. — Ein weiterer Ordnungsruf.)

Abg. Goebbels (NSDAP): Wenn Herr Groener in meiner Rede eine Beleidigung des Herrn Reichspräsidenten sieht, so hat er wohl das Stenogramm nicht genau gelesen; sonst müßte ich vermuten, daß es ihm weniger auf eine Verteidigung des Generalfeldmarschalls, als auf eine zugräftige Wahlsparade angekommen ist. Warum hat der Herr Reichskanzler den Herrn Reichspräsidenten nicht schon vor 7 Jahren gegen die Angriffe des Zentrums verteidigt? — Der Redner verließ dann die Defektorstube seiner vorgetragenen Rede und behauptet, sie hätte weitergehen sollen: ... gelobt von der Staatspartei und dem Zentrum, gelobt auch von den Nationalsozialisten — das gibt es nicht! (Allgemeine Verblüffung — große Heiterkeit, dann Verlegenheitsbeifall der Nationalsozialisten.) Dann verliest der Redner wiederholt den Reichspräsidenten der Berechnung des „nationalen Logers“, dem das „System“ diese Persönlichkeit weggenommen habe (große Heiterkeit), um sich hinter ihm zu verstecken. Der Reichskanzler will die selbständigen Unternehmungen schützen, nachdem er sie durch seine Steuerpolitik vernichtet hat. Will diese Regierung den Bestimmismus beseitigen, so muß sie zurücktreten. Vom Anwinfeln habe ich gesprochen, weil

der Reichskanzler vier Wochen bevor er den Staatsloten, als Defektor Verdächtigen, zu sich lud, ihn im Rundfunk als Hochverräter gebandmarkt hatte. Nur erlogene Spitzelberichte können behaupten, daß Unter-

fürer unserer mehr- und waffenlosen 15-Millionen-Bewegung (große Heiterkeit links) Reden gehalten hätten, die den Legalitätsbeteuerungen unseres Führers widersprechen. Unserer Behandlung gegenüber war das Sozialistengesetz ein Schattenpiel. Wir müssen ja das Ausland über unsere Außenpolitik aufklären, da doch die Regierung nichts gegen die Lügen der Presse tut. Die Notverordnungen haben den Parteienhaß vergrößert, die politischen Worte vermehrt. (Erregte Rufe der Kommunisten, deren Abg. Wöhrle zur Ordnung gerufen wird.) Nun kommen wieder

die beliebten „Vorwärts“-Zitate von 1925 gegen Hindenburg, wozu die Nazis im Chor Psalmen rufen.

Die melodramatisch geäußerte sittliche Entrüstung des Redners wird einermahen gedämpft durch einen Kommunistenruf: „Den hat man auch geklaut!“ Ein anderer Kommunist bietet ihm den Posten eines Hofnarren bei Hitlerpartei an. Dann behauptet Goebbels, das System habe der Hitlerpartei „den Fehlschlag im überreichlichen Maße vor die Füße geworfen“, um danach die Sünden des „verehrten Siegers von Tannenberg“ als Reichspräsident aufzuzählen, der nicht die Politik seiner Wähler von 1925 getrieben habe. Daher werde ihm als großen Gegenpieler der staatenlose Frontkämpfer entgegengestellt, den einbürgerern eine nationale Pflicht der Regierung wäre, da er doch nicht den gleichen Weg gehen könne, wie die eingebürgerten Ostjuden. Vielleicht werden wir uns im zweiten Wahlgang mit den Kommunisten auseinandersetzen, und Sie, Herr Reichskanzler, werden gar nicht mehr dabei sein. Am 13. März, bei Pilsippi, sehen wir uns wieder. (Großer Beifall der Nationalsozialisten.)

Abg. Dr. von Treptow-Loringhoven (Dnat): Der Reichskanzler hat niemals ernsthaft die nationale Front zur Regierung herangezogen, sondern seine ganze Kraft darauf verwandt, Teile der nationalen Front abzuspitzeln, um sie seinem System dienstbar zu machen.

Abg. Dr. Dingeldey (DAP) erhebt den gleichen Vorwurf, kritisiert die Notverordnungen und fragt über zu großes Entgegenkommen der Regierung gegen die parteipolitischen Bestrebungen der Sozialdemokratie, die er auch sonst angreift. Zum Schluß spricht er gegen die Kandidatur Duesterberg und für die Wiederwahl Hindenburgs.

Nach der hier folgenden Rede des Genossen Rossmann, die wie an anderer Stelle wiedergeben, ist

Abg. Dobrich (D. Lande) verliest eine Erklärung für Regierungs-umänderung, gegen die unzureichende Arbeit der Regierung und für die Wiederwahl Hindenburgs.

Abg. Dr. Reinhold (Staatsp.) polemisiert gegen die Rechte und hätte ermartet, daß aus dem Groener-Erlaß wenigstens die Gleichstellung des Reichsbanners mit den Republikfeinden gestrichen würde. Nach außenpolitischen Ausführungen schließt der Redner mit dem Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs.

In einer persönlichen Bemerkung dankt Abg. Effe (Soz.) darauf zurück, daß er während der Rede Dr. Goebbels' diesem „Überband“ zugestimmt hat, weswegen Effe einen Ordnungsruf gegen ihn verlangt hat. Effe weist die Photographie eines Hamburger Versammlungsplatzes vor, manoch am 9. Oktober 1928 dort „Dr. Goebbels, der bekannte Oberbörde von Berlin“ als Versammlungsredner angekündigt worden ist. Auf eine Zwischenfrage Dr. Effe's, ob das nicht in Gänzföhigen gestanden hätte, antwortet Abg. Effe, er habe dem Dr. Goebbels die Gänzföhigen nicht abgeschrieben. (Heiterkeit.)

Ueber die Zulässigkeit eines Nichtrauensantrages gegen den Präsidenten des Reichstages, den die Nationalsozialisten eingebracht haben, wird der Ausschussrat noch vor der morgigen Sitzung entscheiden, die um 20½ Uhr auf Freitag, 10 Uhr, angesetzt wird.

Der Nichtrauensantrag gegen Präsident Löbe.

Der Ausschussrat des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag spät abends noch in mehr als einstündiger Sitzung mit der Frage, ob ein Nichtrauensantrag gegen den Reichstagspräsidenten, wie er von den Nationalsozialisten eingebracht worden ist, nach der Geschäftsordnung überhaupt zulässig ist. Dabei wurde die Zulässigkeit eines solchen Antrages nur von den Antragstellern selbst anerkannt. Alle anderen Parteien, auch Kommunisten und Deutsche Nationalen, gaben der Aufzählung Ausdruck, daß weder ein Nichtrauensantrag, noch eine Abberufung des Reichstagspräsidenten möglich ist, da die Wahl des Reichstagspräsidenten für die ganze Legislaturperiode vorgegeben ist. Der Ausschussrat sagte jedoch keine Beschlüsse, er überließ auf Wunsch des Reichstagspräsidenten Löbe, der eine schnelle Entscheidung verlangte, die Beschlussfassung dem Reichstag selbst. Der nationalsozialistische Nichtrauensantrag wird daher auf die Tagesordnung der Freitagssitzung gestellt und wird nach Entscheidung der großen politischen Aussprache mit zur Abstimmung kommen.

Distontfentung in New York.

Die New-Yorker Bundesreservebank hat gestern ihre Diskont-rate von 3½ Proz. auf 3 Proz. gesenkt. Die Bahn für eine Distontfentung in Deutschland ist damit endgültig frei.

Keine Margarineteuerung.

Eine Richtlinie des Reichskanzlers.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, worin auf eine Reduktion verwiesen wurde, daß die Reichsregierung nach Erhöhung des Butterzolls auch bei anderen Fetten, insbesondere bei Margarinerohstoffen Zollerhöhungen durchsetzen wolle. Alle derartigen Maßnahmen seien unerträglich, wie überhaupt jede Einschränkung der zollfreien Einfuhr der Margarinerohstoffe. Zollerhöhungen wichtiger Massenahrungsmittel ständen im strikten Widerspruch zu dem Grundgedanken der Vierten Notverordnung, nämlich zu der Gleichzeitigkeit der Preislenkung und der Lohnsenkung. Eine Verteuerung der Margarinerohstoffe würde die Massen der ärmsten Bevölkerung, insbesondere die Arbeitslosen treffen, weil sie keinerlei Möglichkeit hätten, der Verteuerung durch Abwanderung auf ein billigeres Nahrungsmittel auszuweichen.

Auf dieses Schreiben hat der Reichskanzler am 22. Februar folgende Antwort gegeben:

„Eine Verteuerung der Margarine, die bei einer Erhöhung der Zölle für Margarinerohstoffe wohl nicht vermeidlich wäre, würde eine Belastung der breiten Massen der Kinderbewilligten, in ihrer Kaufkraft schon sehr geschwächten Bevölkerung zur Folge haben, und auch nicht zu vermehrtem Butterverbrauch, sondern nur zu einem Rückgang des Fettkonsums als solchem führen. Sie würde auch die mit der allgemeinen Preislenkung verfolgten Bestrebungen stören. Schon die Tatsache, daß noch in jüngster Zeit die Margarinerohstoffe auf die Preisliste der Waren gesetzt worden sind, die von der Ausgabeksteuer bei der Einfuhr ausgenommen werden sollen, zeigt das Bestreben der Reichsregierung, die Fettversorgung der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen. Bei dieser Sachlage sind die dortigen Besorgnisse meines Erachtens nicht begründet.“

Das ist die Richtlinie des Reichskanzlers. Nun fragt sich noch, wie stark Herr Schiele dagegen anrennen wird.

Eine Kundgebung Hindenburgs

Böllig überparteiliche Kandidatur.

Der Reichspräsident empfing gestern den Arbeitsausschuß der vereinigten Hindenburg-Ausschüsse. Reichspräsident von Hindenburg begrüßte den Entschluß des Arbeitsausschusses, den nun leider unermesslich gewordenen Wahlkampf in vornehmer Form zu führen und alles zu vermeiden, was zu einer Verschärfung der vorhandenen Gegensätze führen könnte.

„Ich habe“, so betonte er, „die Kandidatur nur auf der Grundlage vollster Ueberparteilichkeit übernommen und es auf das Bestimmteste abgelehnt, irgendwelche Bindungen den Parteien gegenüber einzugehen oder irgendeine Bedingung anzunehmen; ich werde auch weiterhin jede Festlegung nach der einen oder anderen Seite ablehnen. Ich bin Treuhänder des ganzen deutschen Volkes nicht der Befürworter einer Partei oder Parteiengruppe und will meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein.“

Dr. Ley war an der Front.

Eine Berichtigung.

Das nationalsozialistische Reichstagsmitglied D. R. Ley wendet sich in einer Berichtigung an uns dagegen, daß sein Name unter den Abgeordneten der Goebbels-Fraktion erwähnt haben, die den Krieg nicht aktiv mitgemacht haben. „Das ist“, so schreibt uns Dr. Ley, „was meine Person anbelangt, vom Anfang bis zum Ende un wahr.“

Er sei vielmehr Anfang August 1914 als Kriegsfreiwilliger in die Armee eingetreten, hätte bereits bald danach als erster Kriegsfreiwilliger der Division des E. L. erhalten, bis 1916 an der vordersten Front, teils im Westen, teils in Gallizien gekämpft, sodann als Pilot bis Mitte 1917; er sei dreimal verwundet worden, davon zweimal schwer. Er wurde im Luftkampf abgeschossen und ist schwer verwundet in Gefangenschaft geraten, sechs Mal operiert und erst Januar 1922 aus der französischen Gefangenschaft entlassen worden.

Angesichts dieser Erklärung des Dr. Ley stehen wir nicht an, anzuerkennen, daß wir ihm Unrecht getan haben, indem wir ihn in einem Klammern mit Goebbels, Reventlow und anderen Heimkriegern seiner Fraktion genannt haben. Wir möchten lediglich dazu bemerken, daß Dr. Ley doch nicht ganz unschuldig daran ist, wenn die Öffentlichkeit erst durch diese Berichtigung davon erfährt, daß er so lange an der Front gekämpft und mehrfach Verwundungen erlitten hat. Denn in den biographischen Angaben des amtlichen Reichstags-Handbuchs, die auf den Angaben der Abgeordneten selbst beruhen, steht von alledem merkwürdigerweise keine

einziges Silbe. Es ist vielleicht das einzige Reichstagsmitglied und jedenfalls das einzige Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion, welches Angaben über die eigene Tätigkeit an der Front, über Kriegsauszeichnungen und Verwundungen verschwiegen hat. Welche Gründe Herrn Dr. Ley zu dieser auffallenden Zurückhaltung bewegen haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Durch Bescheidenheit hatte er bisher die Mittelwelt nicht verhöhnt.

Gradnauer in Ruhestand.

Er verabschiedet sich vom Reichsrat.

Zu Beginn der gestrigen Reichsratsitzung gedachte der Vorsitzende, Reichsminister Dr. Groener, des ausscheidenden stimmungsführenden Bevollmächtigten Sachsens, Dr. Gradnauer. Gesandter Dr. Gradnauer erwiderte mit herzlichen Worten. Gesandter Dr. Gradnauer tritt am 1. März in den Ruhestand. Seine Stelle als Gesandter in Preußen wird nicht mehr besetzt. Zum stimmungsführenden Bevollmächtigten für Sachsen wird Ministerialdirektor Graf von Holzendorff ernannt, der schon bisher dem Reichsrat als Bevollmächtigter Sachsens angehört. Graf von Holzendorff ist zugleich Vertreter Sachsens beim Reich.

Versöhnung der chinesischen Generäle.

Tschiangkai-schek wird in der Mandschurei, Tcheng in Shanghai eingeseht.

London, 25. Februar. (Eigenbericht.) Die japanischen Truppen, die am Donnerstagsmorgen um 8 Uhr Ortszeit die Offensive wieder aufgenommen haben, sollen gegen Mittag die ersten chinesischen Verteidigungslinien nördlich von Kiangwan eingenommen und später eine Drehbewegung in Richtung auf den fünf Kilometer nördlich von Kiangwan gelegenen Ort Tschuan ausgeführt haben. Sie sollen die Absicht haben, die Chinesen zwischen ihren Stellungen und der internationalen Konzeption von Shanghai einzuschließen. Die im Rückzug befindlichen chinesischen Truppen wurden nach den hier vorliegenden Meldungen von der japanischen Artillerie und von Flugzeugen aus beschossen. Die chinesische Nationalregierung in Nanking beabsichtigt, General Tschiangkai-schek zum Oberbefehlshaber der zur Wiedereroberung der Mandschurei bestimmten Streitkräfte zu ernennen, während der sogenannte christliche General Tcheng das Kommando über die Truppen um Shanghai übernehmen soll. Diese Absicht ist als Anzeichen der Eingetretenseit der sonst streitenden Parteien in China zu betrachten. Das deutsche Konsulat in Shanghai ist heute wegen Beschießungsgefahr geräumt worden.

Urteil im Fabag-Prozess.

Unserordentlich milde Strafen - kein Ehrverlust.

Frankfurt a. M., 25. Februar.

Am Donnerstag gegen 16 Uhr wurde im Fabag-Prozess das Urteil verkündet. Es erhielten: Sauerbreh vier Jahre Gefängnis und 2500 M. Geldstrafe, Mädje drei Jahre Gefängnis und 90 000 M. Geldstrafe, Dr. Kirschbaum zwei Jahre drei Monate Gefängnis und 19 000 M. Geldstrafe, Schumacher ein Jahr drei Monate Gefängnis und 26 000 M. Geldstrafe, Lindner ein Jahr Gefängnis und 18 000 M. Geldstrafe und Fuchs drei Monate Gefängnis und 250 M. Geldstrafe. Die gegen Fuchs und Sauerbreh erkannten Geldstrafen sind durch die Untersuchungshaft verbüßt. Ferner wurden bei Dr. Kirschbaum sieben Monate acht Tage, bei Fuchs 19 Tage und bei Sauerbreh acht Monate elf Tage Untersuchungshaft angerechnet.

Sauerbreh wurde nach der Urteilverkündung sofort in Haft genommen. Auch gegen den Angeklagten Mädje wurde Haftbefehl erlassen.

Das Urteil ist außerordentlich milde. Die Angeklagten haben durch ihr skrupelloses Verhalten dem gesamten Wirtschaftsleben einen ungeheuren Schaden zugefügt. Deutschland leidet heute noch darunter. Gegen keinen Angeklagten wurde auf Ehrverlust erkannt, obwohl die Beweisaufnahme die Charakter- und Ehrlosigkeit der Handlungsweise der angeklagten Direktoren klar und deutlich ergeben hat. Das Urteil bleibt, was die Freiheitsstrafen anbelangt, hinter den Anträgen des Staatsanwalts im Gesamtergebnis um zwei Jahre zurück, während die Geldstrafen wesentlich höher sind als beantragt.

Genosse Szillat Oberbürgermeister.

In Brandenburg gewählt.

Brandenburg, 25. Februar. (Eigenbericht.) Nach dem Verzicht des am 8. Februar gewählten Oberbürgermeisters Klampel wählte die Brandenburger Stadtverordnetenversammlung heute den Kammerer der Stadt Rathenow, den Landtagsabgeordneten Genossen Paul Szillat, mit 22 gegen 4 Stimmen zum Oberbürgermeister. Szillat hat die Wahl bereits angenommen.

Hitler-Jugend in Bayern verboten.

Ein Schritt der bayerischen Regierung.

München, 25. Februar. (Eigenbericht.) Das bayerische Unterrichtsministerium hat sämtliche Organisationen der Hitler-Jugend verboten. Schon vor Jahresfrist richtete sich ein Erlass der Regierung gegen die Beteiligung Schulpflichtiger an der „Junggemeinschaft der Hitler-Jugend“, die Jungenkinder von 10 bis 18 Jahren umfaßt. Dazwischen gründeten die Nazis für die allerjüngsten Schüler von 7. Lebensjahre an das sogenannte „Jungvolk der Hitler-Jugend“, das mit einer eigenen Zeitschrift gegen die „Terrormaßnahmen und Schikanen von Eltern und Schul wegen“ gekämpft wurde.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Obst	
Apfelsinen 3 Pfd. an	44 Pf.
Eisäpfel	2 Pfd. 0.35
Zitronen	Duzd. an 0.25
Blutorangen	3 Pfd. an 0.54
Bananen	3 Pfd. 0.85
Kaliforn. Äpfel	3 Pfd. 0.95
Wurst	
Pökelfleisch reb. 1 Stk. Pfd.	98 Pf.
Fleisch- u. Süzwurst	Pfd. 0.69
Dampfwurst	Pfd. 0.70
Landleberwurst	Pfd. 1.10 u. 0.82
Jagdwurst	Pfd. 1.10 u. 0.84
Mettwurst Braunschweig. Art.	Pfd. 0.85
Feine Leberwurst	Pfd. 1.20 u. 0.98
Zerelat u. Salami Holst.	Pfd. 1.05
Teeurst feine und grobe	Pfd. 1.18
Zerelat 1 Fein. u. Filetwurst	1.23
Speck mager Pfd.	0.84 fett Pfd. 0.68
Schinken gebodr. gesch. 1/2 Pfd.	0.32
Schinken roh. gesch. 1/2 Pfd.	0.40
Käse	
Camembert vollf. 1 Pfd.	20 Pf.
6 Portionen-Schädel 0.28	
Harzerkäse	1 Paket 0.28
Limburgerkäse vollf. 0.74 halbf.	0.40
Blockkäse (Tilsiter Art) halbf. Pfd.	0.36
Dän. Schweizer 1/2 Pfd.	0.64
Steinbischer u. Brickkäse vollf.	0.70
Tilsiterkäse vollf.	0.70
Schweizerkäse bayr. vollf. Pfd.	0.55
Margarine u. Kekos'ci Pfd.	0.32
Roh- u. Bratenschmalz Pfd.	0.44
Mo'kereibutter	Pfd. 1.32
Allerf. Markenbutter	Pfd. 1.62

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt.

Billige Lebensmittel

<h3 style="text-align: center;">Frisches Fleisch</h3> <p>Kalbshaxe Pfd. 0.34 Kamm 0.40 Kalbsbrust u. -Rücken Pfd. 0.50 Kalbskeule Pfd. 0.62 Kalbsroulade Pfd. 0.88 Kalbsschnitzel Pfd. 1.12 Schweinebauch Pfd. 0.58 Schweineschulter Pfd. 0.64 Schweinekamm u. -Schuff Pfd. 0.68 Schweinekotelett Pfd. an 0.70 Kab'erkamm u. -Schuff Pfd. 0.65 la Berliner Bratwurst Pfd. 0.74 Herzen Pfd. 0.44 Backe Pfd. 0.38 Lunge Pfd. 0.32 Euler Pfd. 0.24</p>	<h3 style="text-align: center;">Fische</h3> <p>Dorsch u. Scholle 3 Pfd. an 0.25 Kabeljau ge. Fisch. o. Kopf Pfd. an 0.12 Austernfisch Pfd. an 0.18 Roibars = Fischfilet Pfd. an 0.20 Grüne Heringe 3 Pfd. an 0.32 Bars u. Roizunge Pfd. an 0.35 Schleie u. Karpfen lebend Pfd. an 0.68</p> <p style="text-align: center;">geküchert:</p> <p>Bücklinge Pfd. an 0.20 Sprotten Klei 0.30 Pfd. an 0.25 Schellfische Pfd. an 0.25 Seelachs u. Flundern Pfd. an 0.32 Seeaal u. Steinbeißer Pfd. an 0.38 Spickaal Pfd. an 1.60</p>	<h3 style="text-align: center;">Konserven</h3> <p>Junge Schnittbohnen 0.42 Junge Erbsen 0.58 fett 0.98 Kaiserschoten 1.30 Leipziger Allerlei 0.78 Gem. Gemüse fett 1.25 mittell. 0.95 Br. Spargel extrastark 1.90 Abschn. 0.85 Stang.-Spargel 50/60 1.50 mittell. 1.75 Sellerie 0.58 Apfelsmus 0.48 Pflaumen 0.58 ohne Stein 0.72 Erdbeeren 1.10 Pfirsiche 1/2 Pfd. 1.15</p> <p style="text-align: center;">Erdbeer-Konfitüre</p> <p>2-Pfund-Eimer 0.98</p>
<h3 style="text-align: center;">Mast-Ochsenfleisch</h3> <p>Speppenfl. Pfd. an 40 Pf. Fehrippe Pfd. an 58 Pf. Schmorfl. o. Kn. Pfd. an 66 Pf. Roulade Pfd. an 88 Pf.</p>	<h3 style="text-align: center;">Hasen</h3> <p>gestrafft u. ausgeworf., Pfd. v. an 68 Pf. Blatt Rücken Hirschfleisch Pfd. von an 54 Pf. 76 Pf. Wildschwein Pfd. von an 70 Pf. 68 Pf. Rehfleisch Pfd. von an 92 Pf. 1.38</p>	<h3 style="text-align: center;">Enten</h3> <p>gefroren Pfd. von an 48 Pf. Gänse gefroren Pfd. von an 55 Pf. Hühner frisch Pfd. von an 70 Pf. Wildenten Stück von an 72 Pf.</p>

Gemüse	
Rosenkohl 2 Pfd.	25 Pf.
Rot-Weiß-Wirsingkohl Pfd.	0.07
Möhren gewaschen 3 Pfd.	0.10
Teltower Rübchen 2 Pfd.	0.25
Schwarzwurzeln 2 Pfd.	0.25
Rote Rüben 3 Pfd.	0.14
Kolonialwaren	
Eierschnittnudeln Pfd.	38 Pf.
Linzen Pfd.	0.12 0.18
Weißer Bohnen Pfd.	0.12 0.18
Viktoria-Erbsen Pfd.	0.17 0.22
Reis Druck Pfd. 0.12 Taf. Pfd. 0.15	0.22
Spaghetti Pfd.	0.65 0.73
Backobst gemischt Pfd.	0.36 0.52
Birnen kalifornische Pfd.	0.48 0.68
Pflaumen ohne Stein Pfd.	0.52 0.78
Pfirsiche kalifornische Pfd.	0.55 0.70
Ringäpfel amerik. Pfd.	0.58 0.78
Gebr. Kaffee Pfd. an	1.68
Königskuchen mit o. ohne Rosinen	0.48
mit Ananas 0.54 mit Schokolade und Rosinen	0.56
Wein	
1931 Edenkobener 1/2 Fl. o. Glas	48 Pf.
1931 Obermoseler	0.50
1931 Frankweiler Steinader	0.65
1930 Bergzaberner Letten	0.75
1929 Stiefersb. Marlinsberg	1.10
1930 Wehlener Juffer	1.20
1929 Oberemmel Riesling	1.35
1921 Chät. La Lagune	1.40
Weißwein Liter	0.55 5 Liter 2.05
Wermuth Liter	1.00 5 Liter 4.75

Stadtparlament und Ortssatzung

Sozialdemokraten für Vereinfachung der Verwaltung — Um das Ansehen der Selbstverwaltung — Die Verantwortung der Stadtverordneten

Die Stadtverordnetenversammlung ist vor die verantwortungsvolle Aufgabe gestellt, der Reichshauptstadt eine neue Ortssatzung zu geben, die den Kampf um die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Zentralverwaltung und Bezirksämtern ein Ende bereiten soll. Der Magistrat hat in enger Zusammenarbeit mit Vertretern der Bezirksbürgermeister einen Gesetzentwurf geschaffen, in dessen Mittelpunkt die Vereinheitlichung der Verwaltung steht. Der Entwurf ist im Haushaltsausschuss durchberaten worden. Nachdem er in der ersten Lesung einige wichtige Abänderungen erfahren hatte, die zum Teil in der zweiten Lesung wieder umgestoßen wurden, hatte der Ausschuss gestern vormittag die Gesamtvorlage mit den Abänderungen abgelehnt. Im Stadtparlament stand man nun, wie der Volksparteiführer Dr. Caspary als Berichterstatter betonte, eigentlich vor einem Vakuum. Die Debatte über die für das kommunalpolitische Leben Berlins und für das Ansehen der Selbstverwaltung so wichtigen Vorlage wurde durch eine Erklärung des Oberbürgermeisters eröffnet, mit der er noch einmal an das Verantwortungsbewußtsein der Stadtverordneten appellierte. Verfolgt nämlich die Stadtverordnetenversammlung, kommt sie zu keinem Beschluß, so greift die Aufsichtsbehörde ein und verfügt von sich aus eine neue Ortssatzung. In einer außerordentlich geschickten Rede, die von dem fast vollständig erschienenen Magistrat und dem Hause mit allergrößter Aufmerksamkeit angehört wurde, arbeitete der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Erich Zlatau, den allein von sachlichen Gesichtspunkten diktierten Standpunkt der Sozialdemokraten heraus. Der Magistratsentwurf stelle eine sehr gesunde und akzeptable Basis für die Schaffung eines neuen Ortstatuts dar, und die Sozialdemokraten würden ihre Zustimmung zu dem Entwurf nur geben können, wenn die Hauptgesichtspunkte des Entwurfs nicht durch Abänderungsanträge verändert würden. Einen rhetorischen Genuß bildete die Auseinandersetzung des sozialdemokratischen Redners mit dem Stadtmedizinalrat Drygalski, der den Ehrgeiz zu haben scheint, seinem Dezernat immer neue Verwaltungseinrichtungen anzugliedern. So wünscht er, daß das Rudolf-Virchow-Krankenhaus zentral vermauert wird, obwohl dann über 8000 Krankenbetten allein der Kontrolle der Zentralverwaltung unterliegen würden. Zlatau schloß seine Rede mit der Feststellung, daß die sozialdemokratische Fraktion auf die hohe Verantwortung und die Pflicht der Stadtverordneten, an einer so wichtigen Selbstverwaltungsarbeit entscheidend mitzuwirken, nicht erst gestoßen zu werden braucht. — Die Versammlung hatte vorher in namentlicher Abstimmung einen Antrag auf Befreiung der Getränkesteuer angenommen. Der Magistrat wird diesem Beschluß jedoch nicht beitreten können, weil bei einer Nichterhebung dieser Steuer die Reichszuschüsse, die zur Zeit 4 Millionen Mark für Berlin betragen, gespart würden.

Die gestern abgehaltene Stadtverordnetenversammlung eröffnete der Vorsitzende Genosse Haß mit einem ehrenden Nachruf auf den in der vergangenen Woche verstorbenen Stadtverordneten Genossen Weinberg. Die Versammlung ehrte Weinbergs kommunalpolitische Tätigkeit und das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. An Stelle Weinbergs wurde Genosse Bösch als Stadtverordneter verpflichtet.

Vom Magistrat waren der Versammlung fünf Dringlichkeitsvorlagen eingereicht worden, deren wichtigste der Erlass eines neuen Ortsgesetzes über die Straßenreinigung und die Straßenreinigungsgelder, die Herabsetzung der Entwässerungsbeiträge und die Herabsetzung der einmal zu leistenden Gebühren

für den Anschluß an Leitungswasserleitungen sind. Die Vorlagen gingen ohne Debatte an den Haushaltsausschuss. In einem Sonderausschuss gingen eine Anzahl von Dringlichkeitsvorlagen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei, die den Bierstreik der Berliner Gastwirte zum Gegenstand haben. Die Anträge fordern insbesondere die Herabsetzung der Bier- und Schankverzehrssteuer. Nach der Verabschiedung einer Reihe Grundstücksver- und -ankäufe, wandte sich die Versammlung der zweiten

Beratung der neuen Ortssatzung

die die Zuständigkeit der zentralen und der örtlichen Bezirksverwaltungen regelt. Nach einem eingehenden Bericht von den Aus-

schußverhandlungen, den Stadtn. Dr. Caspary (Sp.) erstattete äußerte sich zunächst

Oberbürgermeister Dr. Sohn,

der einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem neuen Ortsgesetz machte. Er betonte, daß das neue Ortsgesetz nur auf die Verwaltung und nicht auf das Mitbestimmungsrecht der gewählten städtischen Körperschaften bezüge. Die Einheitlichkeit der Verwaltung solle gewährleistet sein, Doppelarbeit vermieden, mit einem Minimum von Mitteln soll ein Maximum von Leistungen erreicht werden. Wenn das neue Ortstatut verabschiedet sei, wird man sich an die Reorganisation der Verwaltung machen.

Für die sozialdemokratische Fraktion stellte Genosse

Erich Zlatau

in den Vordergrund seiner Ausführungen, daß die Sozialdemokraten jetzt wie immer für eine starke Zentralisation der Verwaltung eingetreten seien, ohne dabei eine Ueberspitzung des Gedankens zu wagen. Eine gut funktionierende Zentralisation sei die beste Gewähr für eine einheitliche Verwaltung, die wiederum eine gleichmäßige Verteilung der Aufgaben der Stadtgemeinde er-

Zuspitzung im Bier-Boykott

Offene Lokale, aber kein Bier — Kündigung von Gastwirtsangestellten

Im Laufe des gestrigen Tages haben viele Berliner Gastwirte die letzten Reste des vorhandenen Biers ausgehäkelt. Trotzdem werden die Lokale weiter offen gehalten. Inzwischen hat sich im Verbandsbüro der Berliner Gastwirte eine Zentralstreikleitung konstituiert, zu der noch rund 40 örtliche Streikleitungen in den einzelnen Stadtteilen kommen. Besondere Trupps von Funktionären werden verschickt, auch die bisher abseits stehenden Gastwirte zum Anschluß an die Boykottbewegung zu bewegen.

Ungeklärt ist allerdings noch die zukünftige Handhabung des Flaschenbierverkaufs. Unentwegte Biertrinker können sich nämlich noch auf geraume Zeit hinaus bei Kolonialwarenhändlern, Grüntraumgeschäften und Milchhandlungen genügend Flaschenbier verschaffen, wodurch die Bewegung der Gastwirte sehr behindert würde.

Die Zentralstreikleitung ist deshalb an die Verbände der Flaschenbier verkaufenden Geschäfte herangetreten,

um diese zum Anschluß an den Bierboykott zu bewegen. Allerdings stehen diese Geschäfte der Boykottbewegung sehr kühl gegenüber. Heute vormittag wird der Verein der Brauereien Berlins zu der Bewegung der Gastwirte Stellung nehmen. Wie uns mitgeteilt wird, haben bereits am Mittwoch verschiedene Gastwirte das ihnen angelieferte Bier nicht mehr abgenommen und zurückgehen lassen. Dieses Vorgehen ist im Laufe des gestrigen Donnerstags noch schärfer in Erscheinung getreten. Die Gastwirte weigerten sich, von den Bierfahrern Bier abzunehmen so daß die Fahrzeuge unverrichteter Dinge zurückkehren mußten. Die von den Brauereiunternehmern zu fassenden Beschlüsse sind insofern von außerordentlicher Bedeutung, als sie

das Schicksal von rund 6000 Berliner Brauereiarbeitern

betreffen.

Wie wir von sachmännischer Seite hierzu hören, kann keine Rede davon sein, daß alle in den Berliner Brauereien beschäftigten Arbeiter zur Entlassung kommen. Der Verband der Nahrungs- und Getränkearbeiter hat jedoch vorsorglich von seinen Betriebsvertrauensleuten Berichte eingefordert,

um bei einer Zuspitzung der Lage sofort entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können. Nach Meldungen, die beim Hauptvorstand dieses Verbandes eingelaufen sind, müssen infolge des Hamburger Bierboykotts gegenwärtig 500 Hamburger Brauereiarbeiter feiern. Bei einer Verschärfung der Lage wird man auch in Berlin mit dem Aussehen von schätzungsweise 700 Arbeitern zu rechnen haben. Verständlicherweise stehen deshalb die Brauereiarbeiter der Bewegung der Gastwirte sehr reserviert gegenüber.

zumal viele Gastwirte bei früheren Streiks der Brauereigenossen jegliche Solidarität vermissen ließen und mit Hand- und Fuß nicht mitkamen. Sie haben sich von den Brauereien geholt haben.

Eine ähnliche Haltung nimmt der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféhausangestellten ein. Wenn eine offizielle Stellungnahme dieses Verbandes auch noch nicht vorliegt, so steht man doch grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Interessenkämpfe der Gastwirte nicht auf dem Rücken der Angestellten ausgetragen werden dürfen. Es liegen im Verbandsbüro bereits Meldungen vor, daß größere Restaurationsbetriebe ihre Zapfer gekündigt haben. Ein bekanntes Bierhaus am Zoo hat allein 5 Zapfern die Kündigung zugestellt. Unter diesen Umständen wird es der Sache der Gastwirte nicht dienlich sein, wenn sie eine Arbeitergruppe nach der anderen gegen sich aufbringen.

Brauereien verhandlungsbereit

Der Verein der Brauereien Berlins und Umgebung teilte gestern Abend folgendes mit:

Die Berliner Brauereien haben in einer heute (Donnerstag) nachmittags stattgefundenen Sitzung zu dem von der Sozialkommission der Gastwirtsvereinigungen Groß-Berlins gestern (Mittwoch) proklamierten Bierstreik Stellung genommen. Die Brauereien haben befohlen, mit der Sozialkommission der Gastwirtsvereinigungen in Verbindung zu treten, um zu prüfen, ob ein gemeinsames Vorgehen zur alsbaldigen Beilegung des Bierstreiks möglich ist. Diese Verhandlungen finden voraussichtlich bereits morgen (also heute, Freitag! D. Red.) statt.



Aus dem Russischen Übertragen von Werner Bergengruen.

Per Schuß nach Sibirien.

Wir wurden in einen engen und schmutzigen Waggon verladen. An seinen beiden Schmalwänden hingen zwei Laternen mit Stearinkerzen und beleuchteten mit ihren trüben und schwankenden Flämmchen die menschlichen Silhouetten ihres engeren Umkreises. In der Wagenmitte war es völlig dunkel. Ein quälender Karbolgeruch mischte sich mit dem Gestank schmutziger Kleidung, lange getragener Fußlappen, ledrerner Stiefel und mit tausend anderen widerwärtigen Gerüchen. Alles war mir so ungewohnt, daß ich Schwindel und Übelkeit empfand. Bis zur Ankunft in Nikolsk-Ussurijsk gab es nicht die geringste Freiheitshoffnung. Da blieb es, sich selber fest in die Hände nehmen, sich fügen und so tun, als sei man das alles gewohnt, als sei nicht die geringste Veränderung in der Lebensform eingetreten und als sei alles stets so gewesen wie jetzt.

Die Luft wurde immer dicker, der Gestank unerträglich. Von den Häftlingen im Waggon waren manche schon seit Monaten von einem Gefängnis zum andern unterwegs, hatten monatelang nicht gebadet, monatelang nicht die Wäsche gewechselt und strotzten von Läusen. Von diesen war jeder sozusagen eine selbständige Quelle von Gestank. Wenn man nur hätte die Fenster öffnen können! Daß man hinter Gittern sei, daß man von einer Eskorte bewacht wurde, — ach Gott, was lag daran? Nur Luft, frische Luft!

Vor der Tür stand ein Posten. Nach langen Witten und Betsprechungen erklärte er sich einverstanden, die Tür einen kleinen Spalt breit zu öffnen. Ein Strom wundervoller frischer Luft schob herein. Ich atmete tief und beglückt. Aber schon erhob sich Protestgeschrei: „Es wird ja kalt! Zumachen!“

Katzenisch: mag es stinken, wieviel es will, wenn es nur warm ist!

Diese Furcht vor frischer Luft, diese Unempfindlichkeit gegenüber Gestank und Dampfsheit hatte ich schon früher manches Mal beobachtet, nicht nur im Gefängnis, sondern auch in der Freiheit. Ich hatte viele Wohnungen gesehen, in denen wochen- und monatelang kein Fenster aufgemacht wurde, wo die Dampfsheit der Atmosphäre, die Gerüche von hundert kleinen Dingen des Hausrats, Lumpen, Schuhwerk, Lebensmitteln und Geschirr sich im Lauf der Jahre in Möbeln und Wänden eingenistet hatten, bis die Bewohner selbst ein einziger Gestank wurden und damit die Bewohner für ihr ganzes Leben mit dem beglückenden Hochgefühl warmer und häuslicher Geborgenheit erfüllten.

Man konnte sich nirgends hinlegen. Eingeklemt hatte ich in einer Ecke und versuchte einzuschlafen. Aber an Schlafen war ebensowenig zu denken. Dafür sorgten dröhnende Schnarchlaute, das plötzliche Geschrei schlaftrunkener Aufstehender, die Stidluft.

Ich grübelte darüber nach, wie verquer es mir mit meinem Leben ergangen ist. Weil ich mich der Militärbehörde erst nach Ablauf der vorgeschriebenen Zeit gestellt habe, darum bin ich meiner Freiheit beraubt, darum werde ich per Schuß nach Nikolsk-Ussurijsk befördert, wo ich meine Militärzeit abtönen soll.

Mehr als zehntausend Kilometer liegen noch vor mir. Wieviel Gefängnisse und Militärarrestanstalten! Wieviel Städte! Kiew, Kurlk, Penja, Samara, Tscheljabinsk, Dmsk, Krasnojarsk, Irkutsk, Tschita, Wandschurija, Nikolsk...

Diese erste Nacht verlief qualvoll. Und wieviel solcher Nächte mochten noch vor mir liegen?...

An einem sonnigen Frosttag kamen wir in Kiew an. Nach dem unendlichen Nachtgestank schien mir der Tag eine einzige grenzenlose Herrlichkeit. Indessen stieß man uns sofort in einen Straßenbahnwagen und transportierte uns zum Durchgangsgefängnis. Der Wagen hatte Holzplatten statt Fensterscheiben. So bekamen wir unterwegs nichts zu sehen. Dann hielt er wir vor dem Gefängnis.

Wie alle Durchgangsgefängnisse zeichnete sich auch das Kiewer durch Schmutz, Feuchtigkeit und Gestank aus. Die besondere Bestimmung der Durchgangsgefängnisse, wo unentwegt große Mengen zerlumpter, mit Läusen übersäter Häftlinge durchpassieren, bringt das so mit sich. Die verhältnismäßig kleinen Zellen waren unbeschreiblich überfüllt.

Die Belegschaft der Gefangenenmammelstellen und Durchgangsgefängnisse bestand zum größten Teil aus Pöhlern, die von allen Enden Rußlands her an ihre Heimorte abtransportiert wurden. Meist waren es obdachlose, hungrige,

bettelnde Landstreicher, für die das Wort Heimat den ersten besten Ort bezeichnete, wo sie nicht gerade Hungers zu sterben brauchten, und wo sie einen Winkel fanden, in dem sie die Beine von sich strecken und schlafen konnten. Viele von ihnen namentlich im Winter, stellten irgend etwas an, nur um ins Gefängnis zu kommen und dort in der Wärme täglich ihre Brotportion zu empfangen. Ihre Ausweispapiere pflegten sie zu vernichten, und wenn sie verhaftet worden waren, gaben sie ihren Namen nicht an; erst wenn der Frühling begann, nannten sie ihren Heimort und wurden dann zur Identifizierung dorthin abgeschoben.

Das zweite Kontingent bildeten die „richtigen“ Verbrecher oder solche, die unter dem Verdacht eines Verbrechens verhaftet worden waren und jetzt zwecks Untersuchung und Aburteilung zum Tatort transportiert wurden.

Dann kamen die zu lebenslänglicher Anstaltung in Sibirien Verurteilten und die zur Zwangsarbeit Verschickten, unter denen viele „Politische“ waren. Man erkannte sie unter den übrigen Häftlingen der einzelnen Transporte auf den ersten Blick daran, daß sie Gefangenkleidung und Fußschellen trugen.

Beim Transport vom Gefängnis zur Eisenbahn und umgekehrt wurden sie außerdem paarweise mit den Handgelenken aneinandergefesselt.

Im Durchgangsgefängnis wurden sie in einer besonderen Zelle untergebracht. Aus dieser Zelle hörte man Tag und Nacht den metallischen Klang der Ketten, die der Verurteilte ja mit jeder einzelnen Bewegung zum Klirren bringen mußte. Dieser Ton hallt laut in den Zellen und Korridoren des Gefängnisses wider.

In der Zelle herrschte, ebenso wie in der vorigen Nacht im Eisenbahnwagen, ein grauenvoller Gestank. In einer Ecke stand der berühmte „Kübel“ aller russischen Gefängnisse. Das war ein riesiger hölzerner Behälter, der morgens von zwei Häftlingen an einer dicken, über die Schulter gelegten Stange hinausgetragen wurde. Während der Nacht füllte er sich bis zum Rande. Aus der Ecke, in welcher der Kübel stand, verbreitete sich in der ganzen Zelle ein schwerer, in Kehlen und Rüstern beifender, ekelregender Ammoniakgeruch. Bierzig Menschen wärmten mit ihren dünnfüßigen, viele Monate lang nicht gewaschenen Beibern ihre schmutzigen, stinkenden Lumpen; auf Brettschalen und Bänken trockneten schmutzige und schweißdurchtränkte Fußlappen. Dabei standen vierzig Paar abgelätzter, schmutziger, zerrissener Stiefel und Schuhe.

(Fortsetzung folgt.)

mögliche. Dabei sind wir allerdings der Meinung, daß es abzulehnen sei, wenn etwa gewisse Stadträte mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für eine Vereinigung aller Aufgaben des Dezernats in ihrer Hand eintreten. Wir wollen nicht, daß die einzelnen Bezirke blutleere Körper ohne eigenes Leben werden. Die Sozialdemokraten hätten, so fuhr Genosse Flatau fort, die Magistratsvorlage als eine sehr gesunde Basis für die Verhandlungen im Ausschuss angesehen; sie wären mit Ernst an die Verabschiedung der Vorlage durch die städtischen Körperschaften herangegangen, um dadurch ein gutes Stück Selbstverwaltungsrarbeit zu leisten.

Flatau ging dann auf einzelne Punkte der Vorlage ein. So mußte z. B. das Aufgabengebiet der Hochbauverwaltung klar herausgearbeitet werden, um zu einer unanfechtbaren Einheitlichkeit und damit zu Ersparnissen zu kommen. Die Sozialdemokraten würden gerade das Gebiet der Hochbauverwaltung zum Anlaß nehmen, von der unveränderten Annahme der Vorlage die Zustimmung zum ganzen Ortsstatut abhängig zu machen. Etwasige Zusatzanträge würden die Sozialdemokraten nur annehmen, wenn dadurch keine Abschwächung der Bestimmungen der Magistratsvorlage eintrete. Neben diesem Punkt steht die sozialdemokratische Fraktion die Frage der Schulverwaltung mit als den wichtigsten Teil der Vorlage an. Die Durchführung einer einheitlichen Schulverwaltung läßt die Sozialdemokraten in dem Verlangen an den Magistrat, zu prüfen, wie, nicht nur in den Bezirken 1 bis 6, sondern auch in den anderen Bezirken, die Schulverwaltung in bezug auf die Vereinfachung zusammengefaßt organisiert werden kann. Eine Entscheidung, die die baldige endgültige Regelung der Schulangelegenheiten in den Bezirken 1 bis 6 betraf, wurde von Flatau eingebracht. Bei den Aufgaben der Gesundheitsverwaltung bemängelte der Redner, daß beispielsweise das Birkowkrankenhaus in die zentrale Verwaltung übernommen werden soll. Es scheint, als ob nicht bei allen Mitarbeitern des Stadtmagistrats allein praktische und organisatorische Gesichtspunkte ausschlaggebend waren, sondern daß man vielmehr bestimmte Interessensphären verteidigen wollte. So wie die Sozialdemokraten das Verbleiben des Birkowkrankenhauses in der Verwaltung des zuständigen Bezirksamts verlangen, so traten sie auch dafür ein, daß die Heil- und Pflegeanstalt in Buch und das städtische Obdach in der Fröbelstraße der Verwaltung der zuständigen Bezirke verbleiben. Genosse Flatau schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß es gegnerischen Fraktionen schwer fallen werde, nachzuweisen, daß für die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zum neuen Ortsgesetz andere als streng sachliche Gesichtspunkte maßgebend waren. Die Sozialdemokraten nehmen an, daß der Oberbürgermeister mit Energie die Vorlage an den übergeordneten Stellen vertreten wird. Wir haben gezeigt, daß wir als Stadtverordnete nicht erst auf unsere Pflicht zur Leistung von Selbstverwaltungsrarbeit aufmerksam gemacht werden müßten.

Nach den Ausführungen der Stadtverordneten Wisniewski (Komm.) und von Berlin (Dnat.) wurde die Sitzung nach 21 Uhr vertagt.

Berlin im Preußenetat 1932.

Veranlaßt durch die neuen Sparmaßnahmen der preußischen Regierung sind die Anforderungen des neuen preußischen Etats für Berlin recht mager ausgefallen und beschränken sich auf die notwendigsten Ausgaben. Die Forderungen für Berlin stellen sich wie folgt dar: 254 100 M. als einmalige Ausgaben für die Universität Berlin, 200 000 M. für den Neubau einer Augenklinik, 32 500 M. zur Erweiterung des Charité-Krankenhausbaus in Berlin, 415 150 M. für die technische Hochschule Berlin, und zwar 325 000 M. für die Erweiterungsbauten an der Hardenbergstraße, 30 000 M. zur Instandsetzung der St.-Hedwigs-Kathedrale in Berlin, 30 000 M. als Beiträge zu den Kosten baulicher Unterhaltung am Berliner Dom, 400 000 M. zum Neubau eines Polizei-Dienstgebäudes und einer Polizeiuferkunft in Berlin-Röpenitz, 360 000 M. zum Ausbau der übrigen Berliner Polizeiuferkünfte, 200 000 M. zum Ausbau des Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin, 60 000 M. zum Ausbau des ehemaligen Stadtvogtei-Gefängnisses in der Draisenstrasse in Berlin zwecks Erweiterung des Polizeipräsidiums, 35 000 M. für den Neubau des Pathologischen Instituts der Berliner Tierärztlichen Hochschule, 45 000 M. zum Neubau einer Zentralheizung im Schloß Nieder-Schönhausen, das letztendlich unter Denkmalschutz steht, aber keine Heizung besitzt, so daß ein Verfall des Schlosses droht.

Frau im Hausflur überfallen.

Vom Räuber niedergeschlagen und schwer verletzt.

Das Opfer eines schweren Überfalls wurde eine Frau Frieda F. aus der Krumme Straße in Charlottenburg. Als sie abends gegen 10 Uhr heimkehrte, trat mit ihr zusammen ein Mann ins Haus, von dem sie annahm, daß er auch dort wohnte. Auf dem Podest des ersten Stockwerks fiel der Mann die Frau plötzlich an, schlug sie zu Boden und entriß ihr die Handtasche, die 10 M. bares Geld enthielt. Auf die Hilferufe der Überfallenen eilten Hausbewohner herbei. Der Täter war aber bereits entkommen. Frau F. mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo sie mit einem schweren Rosenbein- und Kieferbruch daniederliegt. Der Mann hatte sie anscheinend schon geraume Zeit verfolgt, ehe er sie auf der Treppe überfiel. Die Überfallene ist noch nicht vernunftfähig.

Handtaschenraub in Charlottenburg.

In der Liebenburger Straße in Charlottenburg wurde gestern abend ein frecher Handtaschenraub verübt. Als die 53 Jahre alte Frau Jenny H. den Flur des Hauses, Liebenburger Straße 43, betreten wollte, stellte sich ihr ein etwa 20jähriger Bursche entgegen und entriß der Frau unter Drohungen die Handtasche, die 40 M. enthielt. Mit der Beute flüchtete der Räuber und entkam. Die polizeiliche Verfolgung verlief ergebnislos.

Der verurteilte! Am 21. Februar ist in der Neuen Welt beim Führercapell der sibirischen Front ein brauner Hülsch gegen einen grauen Hülsch verurteilt worden. Eventuelle Rückfrage bitte zu richten an Genossen Gerhard Wachmann, Johannishof, Friedrichstr. 12.

Gerechtigkeit für die Gastwirte

Wie die Krise zur Verelendung eines Berufsstandes führt

Ein parteigenössischer Gastwirt sendet uns folgende Darlegungen über die trostlose Lage von vielen seiner Kollegen, die wir gerne zum Abdruck bringen.

Wenn der „Vorwärts“ in der vorigen Woche schrieb, die Gastwirte müßten einsehen, daß Reich und Kommune auf die Einnahmen aus den Bier- und Getränkesteuern nicht verzichten könnten, und daß die Gastwirte bei Beseitigung dieser Steuern den Einnahmeausfall durch andere Steuern wieder decken müßten, so klingt das sehr plausibel. Berücksichtigt wird aber nicht die Tatsache, daß bei einer großen Anzahl Gastwirte die Zahlung von direkten Steuern entweder schon aufgehört hat oder demnächst aufhören wird, weil keine Mittel mehr vorhanden sind und weil die Pfändungen fruchtlos ausfallen. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich behaupte,

daß heute 75 Proz. besonders der kleineren Gastwirte ruiniert sind oder vor dem Ruin stehen!

Ihre Lage ist vielfach hoffnungsloser als die eines Erwerbslosen mit Unterstützungsberechtigung, weil sie, die meistens in höherem Lebensalter stehen, überhaupt keine Aussicht mehr haben, irgendwo in den Produktionsprozess eingereiht zu werden. Sie sind um so verzweifelter, weil sie heute am Grabe ihrer Hoffnungen stehen, da die Ersparnisse, die sie in besseren Zeiten unter Entbehren aller Art machen konnten, heute vernichtet sind.

Eine große Anzahl von Gastwirten ist seit Monaten mit der Miete im Rückstand.

In manchen Fällen — von denen mir einige persönlich bekannt sind — leidet der Hauswirt nach zwei Monaten die Räumungsklage ein. Der Gastwirt wird verurteilt, die laufende Miete pünktlich und von dem Rückstand monatlich 5 bis 10 Proz. laufend zu zahlen. Ist er dazu nicht imstande, so erfolgt die Exzmission. In manchen Fällen, wenn die Brauereischuld nicht allzu hoch ist, entschließt sich auch die Brauerei, mit einem Darlehen einzugreifen, macht aber dann, wie mir zu Ohren gekommen ist, zur Bedingung, daß sie in den Mietvertrag eintritt.

Wie konnte es zu diesen Zuständen kommen? Seit 1929 ist die Verdienstsparne für die in den Gastwirtschaften gehandelten Artikel mehr und mehr gesunken worden.

Die durch die Steuererhöhungen bedingte Verteuerung und die Wirtschaftskrise verursachten einen katastrophalen Absatzrückgang, und die Sondersteuern für Gastwirte wurden immer höher. Im Jahre 1928 betrug die Verdienstsparne bei Zigaretten, die für den Gesamtumsatz eine erhebliche Bedeutung haben, 25 bis 28 Proz., heute 16 bis 20 Proz. Beim Bier betrug die Verdienstsparne 1928 43 Proz., jetzt 36 bis 40 Proz., dabei muß aber der ungeheure Absatzrückgang berücksichtigt werden. Die Verbilligung des Hektoliterpreises um 2 Mark wert, wenn man den Gesamtumsatz in den Lokalen berechnet, ausgenommen durch die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Proz. Trotzdem müssen die Gastwirte das Bier um 4 Pfennig

pro Liter billiger verkaufen. Das bedeutet für viele, die sowieso nicht mehr sapfen konnten, den Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt. Daß der Spirituosenkonsum auf einen Bruchteil von ehemals zurückgegangen ist, hat sich ja schon aus den Berichten der Monopolverwaltung ergeben.

Wie man die Verbilligung auf Kosten der Gastwirte durchführen will, dafür ein kleines Beispiel: Die Flasche Bodobier kostete bisher im Einkauf 30 Pf. und wurde mit 35 Pf. verkauft. Nach der Verbilligungsaktion beträgt der Einkaufspreis 29¼ Pf., der Verkaufspreis soll nach Dr. Goerdeler um mehr als 2 Pf. gesenkt werden. Es bleibt also nach Abzug der Umsatzsteuer ein Verdienst von netto 2 Pf., das sind 6½ Proz. Damit hört der Handel auf, eine lohnende Beschäftigung zu sein.

Die Klagen Leute vom Finanzamt

aber schägen den Gastwirt mit 15 Proz. seines Gesamtumsatzes zur Einkommensteuer ein, trotzdem wahrscheinlich in keinem Gewerbe die Spesen für Licht, Heizung, Miete usw. so hoch sind wie bei den Gastwirten. Und danach werden alle übrigen Steuern berechnet.

Die Folge dieser Zustände ist die Vernichtung von Tausenden von kleinen Existenzen. In meiner Nachbarschaft ging ein Gastwirt mit 4000 Mark Eigenkapital vor etwas über einem Jahr in ein Lokal hinein, nach einem Jahr ging er mit 400 Mark wieder heraus. Ein alter Kollege, der seit Jahren in seinem Lokal wirtschaftet, hat im Laufe der letzten beiden Jahre seine Ersparnisse im Betrage von über 3000 Mark aufgebraucht und ist jetzt an Ende seines Latens.

Mir persönlich geht es so, daß ich Mitte vorigen Jahres meine Zugehörigkeit zur Krankenkasse und nach 29jähriger Mitgliedschaft meine Zugehörigkeit zur Gewerkschaft aufgeben mußte, weil ich die 13 Mark monatlich, die beides zusammen erforderte, nicht mehr ausbringen konnte. Daß das einem alten Gewerkschafter, der während seiner Berufslosigkeit fast ständig funktionärs gewesen ist, nicht leicht fällt, werden Sie begreifen. Wäre ich nicht seit 1900 ununterbrochen Abonnent des „Vorwärts“ — mein Vater war es schon von 1888 bis zu seinem 1900 erfolgten Tode —, ich glaube, daß ich dann auch schon mein Leib- und Ragenorgan abbestellt hätte, um das Geld zu sparen. Mit der Miete wäre ich auch längst weit im Rückstand, wenn nicht Verwandte, die selbst auch nichts übrig haben, immer wieder mal einspringen würden.

Aber was ist das für ein Leben, wenn man sozusagen auf Mühseligkeit angewiesen ist, während man sich noch fähig fühlt, den Kampf mit dem Leben selbständig zu führen?

Es handelt sich heute nicht mehr um Einzelschicksale, die gegenüber der Gesamtheit nicht ins Gewicht fallen. Es handelt sich hier um den Existenzkampf einer ganzen Berufsgruppe, und wenn diese paar tausend Familien nicht mehr als Steuerzahler, sondern als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger in Betracht kommen, so ergibt das einen erneuten Einnahmeausfall und eine höhere Belastung für Städte und Staat.

Schutz der Mutter, Schutz dem Kinde!

Die Entwicklung des deutschen Gesundheitswesens

Im Gesundheitsamt Kreuzberg wurde gestern der zweite Teil des von der Reichsregierung auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden angekauften Anschaffungsmaterials über die Entwicklung des deutschen Gesundheitswesens den Berlinern zugänglich gemacht.

In bildhaften und statischen Aufzeichnungen wird das so überaus wichtige, besser gesagt das wichtigste Gebiet gesundheitlicher und sozialer Fürsorge, der Schutz für Mutter und Kind, beleuchtet und erörtert. Mit dem geschicklich festgelegten Schutz der Schwangeren und ihrer fürsorglichen Betreuung vor und nach der Entbindung erfährt die Fürsorge in der Folge Mutter und Kind in ärztlicher, hygienischer und sozialer Hinsicht. Ueber die großartigen Erfolge all dieser fürsorglichen Maßnahmen, die heute in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not aufs eifrigste bedroht sind, sprachen, von Bürgermeister Dr. Herz begrüßt, Vertreter der Gesundheits- und sonstiger Reichsbehörden. Präsident Dr. Hamel vom Reichsgesundheitsamt referierte über den derzeitigen Gesundheitszustand in Deutschland. Zeiten wirtschaftlicher Not bedeuten Zeiten gesundheitlicher Gefahr und so haben all die geschaffenen vorbildlichen Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge einen schweren aber erfolgreichen Kampf bestanden. Wir können auf eine ganz stark verminderte Säuglingssterblichkeit zurückblicken, die sich wie folgt auswirkt: Im Jahre 1901 waren es 20,7 Proz., im Jahre 1913 nur mehr 15,1 Proz., im Jahre 1930 sank die Ziffer bis auf 8,4 Proz. und das Jahr 1931 hat eine nochmalige Senkung zu verzeichnen. Mit der verminderten Säuglingssterblichkeit geht die allgemeine Sterblichkeitsziffer Hand in Hand, dies alles verursacht durch die erfolgreiche Krankheitsbekämpfung von Tuberkulose, Rachitis und Lungenerkrankung bei den Kleinen, Krebs, Darmerkrankungen und Störungen des Blutkreislaufes bei den Erwachsenen. Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium sprach über Familienversicherung und Mutterschutz. Er bezeichnete die Sozialversicherung als gleichbedeutend und gleich wichtig mit der Regelung der arbeitsrechtlichen Frage, die Sozialpolitik als dienende Helferin des arbeitenden Menschen. Vom Standpunkt des Sozialhygienikers beleuchtete Prof. Dr. Kott die Gegenwartsprobleme der Kinderfürsorge. Auch er sprach von den starken Erfolgen auf dem Gebiete der Säuglingssterblichkeit durch das rechtzeitige Erkennen der Ernährungs-

und Pflegeschäden, ebenso von der erfolgreichen Bekämpfung der verschiedenen Erkrankungen. Gleichzeitig aber drückte er seine Besorgnis für die aus der Notzeit sich ergebende Gefährdung der öffentlichen Gesundheitsfürsorge aus, die bereits ihre ersten Anzeichen in einem merklichen Ansteigen der Rachitis (engstirnige Krankheit) zum Ausdruck bringe. Ebenso wirkt sich die Verminderung der Anstaltsunterbringung für Mütter, insbesondere bei den unehelichen Kindern, recht bedenklich aus. Zum Schluß sprach Stadtmagistrat Prof. Dr. von Drigalski über die Fürsorge für Mutter und Kind im Zeichen der Sparmaßnahmen und seine Worte klangen, gemeinsam mit all seinen Vorrednern, in einer ernststen Warnung vor allzu schroffen Abbaumassnahmen in der öffentlichen Gesundheitsfürsorge aus. Gewiß wird es möglich sein, da und dort durch eine individueller gehandhabte Fürsorge etwas einzusparen, auch soll eine engere Zusammenarbeit des praktischen Arztes mit dem Anstaltsarzt Vereinfachungen in der Behandlung ergeben. Ebenso sollen medizinische und andere Sachleistungen einer besonders sorgfältigen Prüfung bezüglich ihrer Notwendigkeit unterzogen werden. Eines aber müsse immer wieder betont werden: Nur durch eine bestens ausgebaute gesundheitliche und allgemeine Fürsorge können gesundheitliche Fortschritte erzielt werden und damit eine Entlastung der öffentlichen Finanzen.

„Der Sozialismus als geistige Entscheidung“. Ueber dieses Thema sprachen die Genossen Prof. Radbruch, Heidelberg, Prof. Heimann, Hamburg, Prof. v. Aster, Gießen, in der ersten Kundgebung der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft am Sonnabend, dem 27. Februar, 19½ Uhr, im Saal des Reichswirtschaftsrates, Vellenerstr. 15. Eintritt 50 Pf. Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen und an der Abendkasse erhältlich. (Ernüchterte Karten für Studierende und Erwerbslose ebenfalls an der Abendkasse.)

„Kampf dem Krebs“. Auch in der letzten Woche ist die Ausstellung über die Bekämpfung des Krebses im Europahaus am Anhalter Bahnhof am Mittwoch und Freitag nur für Frauen geöffnet. Ferner wird am nächsten Donnerstag im Interesse der wertvollen Bevölkerung die Besuchszeit ausnahmsweise wieder bis 22 Uhr ausgedehnt. Ärztliche Führungen wie bisher am Mittwoch 18½ Uhr, Donnerstag 17 Uhr, Freitag 17½ Uhr, Sonnabend 15 und 19 Uhr, Sonntag 12 Uhr und 17 Uhr. Außerdem findet alle halbe Stunde ein fesselnder Schallplattenvortrag über wichtige Fragen der Krebsbekämpfung statt.



VORGESCHRIEBENE BESCHAFFENHEIT BEI VORGESCHRIEBENEM PREIS

IHR VORTEIL BEIM EINKAUF IN DER APOTHEKE

KAUFT HEILMITTEL NUR IN DER APOTHEKE - IHR SEID ES EURER GESUNDHEIT SCHULDIG!

Schulklasse im Sklarek-Prozess.

Hoffmanns Dienst am Kunden.

Der Sklarek-Prozess hatte gestern vormittag ungewöhnlichen Besuch, nämlich eine ganze Klasse einer Berliner Realschule, 15 Sekundar, die unter Führung ihres Lehrers der Verhandlung beiwohnten.

Zunächst gab der Angeklagte Stadtbankdirektor Hoffmann eine lange Erklärung ab, in der er mit weinerlichem Ton beteuerte, daß er nicht mit der Wahrheit zurückhalte und niemanden schone. Er kam dann auf die Personalfrage zu sprechen und betonte, daß das Personalbezugsamt in Händen des Mitangeklagten Direktors Schmitt lag, also die Entlassung ungeeigneter Beamten nicht seine Sache war. Als Oberstaatsanwalt Freiherr v. Steinäder diese Erklärung Hoffmanns als prozessual unzulässig bezeichnete, erklärte Hoffmann, daß er dann nicht mehr in der Lage sei, der Verhandlung zu folgen, wenn seine Verteidigung beschränkt werde. Er setzte sich auch mit den Angriffen von Leo Sklarek auseinander und schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Ich bin ein vollkommen unschuldiger Mensch, mein Stolz war nur das Institut, an dem ich mit ganzem Herzen gegangen habe, und ich habe den Sklareks gegenüber nur das Geheiß des Dienstes am Kunden erfüllt.“

Der Vorsitzende veranlaßte dann, daß Stadtbankdirektor Hoffmann mit seinem Verteidiger Rechtsanwalt Bahn einen Platzwechsel vornahm. Hoffmann hatte nämlich seit einigen Wochen mit seinem Verteidiger hinter Leo Sklarek gesessen und dieses nahe Zusammenstehen hatte häufige Zusammenstöße veranlaßt. Um dies zu vermeiden, mußte nun Hoffmann auf der gegenüberliegenden Anklagebank, wo bisher Stadtbankdirektor Schmitt saß, Platz nehmen, damit durch diese räumliche Trennung ein ruhiger Gang der Verhandlung gewährleistet wird.

In der Nachmittagsverhandlung wurde eine Reihe von Stadtbankbeamten über den Geschäftsverkehr mit den Sklareks vernommen, die die bisher bekannten Tatsachen zum größten Teile bestätigten. Es kam trotz der Trennung der Mäße zu einem erregten Zusammenstoß zwischen Stadtbankdirektor Hoffmann und Leo Sklarek. Bemerkenswert war die Aussage des Oberinspektors Bade vom Bezirksamt Spandau. Bade war mit dem Stadtbankinspektor Fabian, einem Revisionsbeamten der Stadtbank, bekannt, der den Verdacht hatte, daß etwas mit den Bestellscheinen der Bezirksämter bei den Sklarekschen Lieferungen nicht in Ordnung sei. Fabian setzte sich mit Bade in Verbindung, und Bade stellte fest, daß Bestellscheine gefälscht und Geldzahlungen ringiert worden waren. Dieses Ergebnis teilte er in der Schulklasse der Stadtbank den Revisoren Fabian und Seidel mit, die davon den Direktoren Schmitt und Hoffmann Kenntnis gaben. Die Bade gestern bekundete, wartete er eine Stunde lang in der Stadtbank, daß man ihn vielleicht auch noch über seine Entdeckungen hören würde. Das geschah aber nicht, sondern die beiden Revisoren teilten ihm nur im Auftrage der Direktoren mit, daß er seinen Mund halten möchte, denn man könne ihn wegen Geschäfts- und Kreditfähigkeit belangen, falls die Sache nicht stünne. Bade gab dann noch den Stadtbankbeamten den Rat, das Sklareksche Konto zu sperren, damit man sich eventuell daraus schadlos halten könne. Stadtbankdirektor Hoffmann räumte die Möglichkeit ein, den Auftrag zur Distinktion gegeben zu haben, bis die endgültigen Feststellungen getroffen seien, und Schmitt erklärte, daß er gerade Urlaub gehabt habe.

Wie sie fälschen.

In Charlottenburg wurden dieser Tage Handzettel verteilt, auf denen die Kommunisten Arbeiter, Hausfrauen und Angestellte zum Besuch einer Versammlung aufforderten, in der sie ihre Stellung zur Reichspräsidentenwahl als Kampf gegen den Faschismus bezeichnen. Als verantwortlich für den Druck und den Inhalt des Handzettels war unser Genosse Brendling angegeben, der seit 20 Jahren ununterbrochen der Sozialdemokratischen Partei angehört.

Man ist es von den Kommunisten gewohnt, daß sie mit Vorliebe immunierte Parlamentsmitglieder als verantwortliche Redakteure angeben; daß sich aber selbst zur Unterzeichnung eines lumpigen Handzettels niemand mehr aus ihren Reihen findet, läßt denn doch auf einen bedenklichen Mangel an Bekanntheit schließen. Zumal Genosse Brendling in Charlottenburg sehr bekannt ist und schon deshalb die Fälschung von vielen erkannt wurde.

Zwei Todesfälle haben sich in Dresden bei den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen ehemaligen König von Sachsen ereignet. Infolge des starken Andrangs waren Hunderte von Personen ohnmächtig geworden. Zwei Frauen, die von Samaritern ohnmächtig fortgeschafft worden waren, sind später einem Herzschlag erlegen.

Schicksalsfrage der Landgemeinden

Eine Notkundgebung — Für Schaffung der Reichsarbeitslosenfürsorge

Die Kreisabteilung Janch-Belzig im Verband der Preussischen Landgemeinden hielt in Belzig einen Landgemeindegang ab. Der ungeheure Ernst der Lage spiegelte sich in dem starken Besuch der Tagung wider. Fast 1000 Gemeindevorsteher und Gemeindevorteiler waren erschienen.

Die Versammlung wurde geleitet von dem Vorsitzenden der Kreisabteilung, Amts- und Gemeindevorsteher Zimmermann-Kuylangerwisch, der in seiner Eröffnungsansprache neben den Führern des Landgemeindeganges zahlreiche Vertreter der Behörden, an ihrer Spitze den Landrat des Kreises, begrüßen konnte. Neben den Vertretern der Kreisverwaltung waren auch die Direktoren der Arbeitsämter und die Führer anderer Verbände und Organisationen anwesend.

Der Vorsitzende des Provinzialverbandes, Landrat a. D. von Arnim, wies auf die Notwendigkeit einer harmonischen Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kreisverwaltung hin. Den Hauptvortrag hielt Präsident Dr. Gerke. Jeder Gemeindevorsteher und Gemeindevorteiler siehe heute vor der Schicksalsfrage, wie er den Haushalt seiner Gemeinde ins Gleichgewicht bringen soll. Es käme jetzt für den Landgemeindegang darauf an, nicht nur die ungeheure große Not zu schildern, in der sich die Gemeinden befinden, und verheißt Maßnahmen des Reichs und des Staates zu kritisieren, sondern in erster Linie habe er positive und gangbare Vorschläge gemacht, wie die Gemeinden aus ihrer Not herauskommen können. Dr. Gerke legte dann in eindringlicher Weise klar, wodurch die jetzige Zwangslage der Gemeinden entstanden ist. Dauernd sinkenden Einnahmen stehen dauernd steigende Ausgaben gegenüber. Was man den Gemeinden in den Notverordnungen der letzten beiden Jahre an neuen Steuerquellen gegeben hat, reicht nicht aus, um den erhöhten Anforderungen besonders für die Wohlfahrtserwerbslosenklassen zu entsprechen. Immer und immer wieder müßten die Landgemeinden betonen, daß

sie sich längst größter Sparsamkeit befleißigt hätten und daß daher der Appell, den man auch heute noch lebhaft an sie richtet, sie möchten sparsam wirtschaften, an die falsche Adresse läme. Der Landgemeindegang habe positive Vorschläge ausgearbeitet sowohl für den Finanzausgleich wie für die Reform der Arbeitslosenunterstützung. Eine sehr fühlbare Entlastung der Gemeinden sei möglich, wenn man von dem jetzigen ungerechten Finanzausgleichsmaßstab abginge und nicht mehr vorwiegend das örtliche Steueraufkommen, sondern in erster Linie Bevölkerungs- und Kinderzahl für die Zuweisungen an die Gemeinden zugrunde lege.

In der Frage der Reform der Arbeitslosenunterstützung fordern die Landgemeinden bekanntlich Beseitigung der Dreiteilung in Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenunterstützung und Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung und Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge, deren Kosten gemeinsam vom Reich, den Ländern und den Gemeinden getragen werden müssen. Bei der Erörterung der Vorschläge zum Finanzausgleich und des bekannten Gutachtens des Staatssekretärs Professor Dr. Popitz dazu lehnte Dr. Gerke noch einmal mit aller Entschiedenheit das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer ab, weil es gerade die leistungsschwächsten Agrar- und Arbeiterwohnortsgemeinden der verschiedensten Größengruppen völlig zum Zusammenbruch treiben müßte.

Am Schluß seiner Ausführungen richtete der Redner einen eindringlichen Appell an die Gemeindevorsteher, vor allem an die ehrenamtlich tätigen, in dieser schweren Notzeit ihren Posten nicht zu verlassen, sondern treu weiter auszuharren. Gerade die Vertreter der ländlichen ehrenamtlichen Selbstverwaltung müßten den Glauben bewahren an die Zukunft des deutschen Volkes, an die Zukunft der bewährten deutschen Selbstverwaltung. Sie müßten dafür sorgen, daß unter allen Umständen der Unterbau des Staates, nämlich die Gemeinden, erhalten bleibe, denn nur auf ihm könne wieder aufgebaut werden.

Ausbeuter der Arbeitslosen.

Die Suche der wilden Spielfalons.

Wir entnehmen die folgenden Ausführungen dem Briefe eines Arbeitslosen:

Das Monte Carlo der Erwerbslosen befindet sich in einer Straße der City Berlins. Ein findiger Unternehmer hat einen leeren Laden gemietet, hat ihm als Spielfalon eingerichtet und nimmt nun den Erwerbslosen die letzten Groschen ab. Im Friedrichshain machen das die Erwerbslosen wenigstens unter sich, indem sie 17 und 4, Pokern, Kribbis oder Meine Tante — Deine Tante usw. spielen, hier besorgt das ein geschäftstüchtiger Unternehmer. Man kann sein Geld auf die verschiedenste Art und Weise verlieren. Zum Beispiel mit

Schnipsautomaten.

Da ist ein bombenwerfendes Flugzeug. Die Bombe ist eine kleine Kugel, die man, wenn sie vom Flugzeug abgeworfen ist, mittels einer Jangoorrichtung auffangen muß. Ober eine komplizierte Mühle, bei der ein Zehnpennigstück in den Schlich des sich drehenden Mühlrades zu rollen hat. Weiter kann man eine besondere Art Billard spielen, bei dem die Bälle in ein mit Nummern bezeichnetes Loch fallen müssen. Der Clou des ganzen ist aber das Kegelspiel. Da sind sechs kleine Bahnen nebeneinander aufgebaut, die Kugeln werden durch eine katapultartige Vorrichtung geschleudert oder mit Pistolen abgeschossen. Gewonnen hat, wer die meisten Kugeln zum Fallen bringt. Er erhält als Preis den Gesamteinsatz — jeder Mitspieler hat pro Spiel zehn Pfennige zu zahlen — abzüglich eines Zehnpennigstückes, das der Bank zufällt. Haben mehrere Spieler die gleiche Anzahl Kugeln zum Fallen gebracht, bleiben die Einsätze für das nächste Spiel stehen, nur die Bank zieht ihr „Spielgeld“ ein.

„Für zehn Pfennig können Sie zwei Mark gewinnen“, verkündet der Spielleiter. Dieser Fall tritt tatsächlich ein, wenn hintereinander vier Spiele unentschieden geendet haben. Mit feierlichen Augen und zitternden Händen sind die Arbeitslosen beim Spiel. Nur der Spielleiter bleibt ruhig, er zieht bei jedem Spiel zehn Pfennig ein. Innerhalb einer knappen Stunde habe ich 172 Spiele gezählt, was einer Einnahme an Spielgeld von 17.200 M. entspricht. Und von früh um 10 Uhr bis nachts 12 Uhr ist der „Salon“ geöffnet.

Warum wird so etwas gebudelt? Der Einwand, der Erwerbs-

lose brauche nicht zu spielen, gilt nicht. Seine Lage ist zu jammervoll, als daß er sie nicht auf alle Art und Weise — und sei es selbst auf diesem falschen Wege — zu verbessern sucht. Und als Spieler kommen hier nur die Aermsten der Armen in Frage, denn Menschen mit etwas mehr Geld gehen nicht in eine derartige Kummelkude. Hin und wieder gewinnt der arbeitslose Spieler auch mal und bekommt für seinen Einsatz vier oder fünf Groschen heraus, aber schließlich muß er verlieren, da die Bank für jedes Spiel einen Groschen einzieht. Wenn vier Mann spielen, von denen jeder 50 Pfennig besitzt, genügen zwanzig Spiele in etwa 6 bis 7 Minuten, und alle vier Spieler sind ihr Geld los. Das Umwerfen einer möglichst großen Anzahl von Kugeln ist mit Geschicklichkeit möglich, aber der beste Preislegler kann niemals so viel Geschicklichkeit aufbringen wie der Spielleiter beim Geldeinziehen ...

Kundgebung der Eisernen Front in Friedrichshagen.

Am Dienstag hatte die Eisernen Front in Friedrichshagen ihren ersten Aufmarsch. Er vollzog sich im Rahmen einer glänzend besuchten und außerordentlich eindrucksvoll verlaufenen öffentlichen Kundgebung. Der größte Saal des Ortes war überfüllt. Nach dem Fahnenanzug sowie Darbietungen der Arbeiterjugend, der Arbeiterportier und -fänger sprach von größter Aufmerksamkeit und wiederholt von stürmischen Beifall unterbrochen der Leiter der Presseabteilung des Berliner Polizeipräsidiums, Dr. Haubach, Goebels, so führte der Redner unter anderem aus, habe das Jahre 1932 als das Jahr der Abrechnung bezeichnet. Er habe gut daran getan. Das Jahr 1932 werde das Jahr der Abrechnung, und zwar mit der Nazi-Partei werden. Das entscheidende Wort bei der Reichspräsidentenwahl spreche nicht die Nazi-Partei, sondern das republikanische Deutschland. Die Eisernen Front werde nicht eher ruhen und rasten, bis Deutschland von der Schande und der Schmach des Hakenkreuzes befreit ist. Als eine weitere Aufgabe betrachtet die Eisernen Front die Umbildung der Deutschen Republik zu einem wahren Volksstaat. Es gehe nicht nur um das Schicksal der Republik, es gehe um das Schicksal der ganzen deutschen Nation. Der Redner schloß mit der Aufforderung an die Versammlung, ein Bekenntnis zum entschlossenen Kampf in den Reihen der Eisernen Front abzulegen. Nach weiteren Darbietungen der Arbeiterportier und -fänger sprach der Abteilungsleiter Genosse Engel das Schlusswort. Es lang in einem gleichfalls begeistert aufgenommenen Hoch auf die Deutsche Republik und auf die Eisernen Front aus.

BESTELLUNG OBER 5 MARK UNTER F 6 BAERWALD 0012 WERDEN PROMPT ERLEDIGT

Sparen
aber besser essen?
Hausfrau
KARSTADT
nicht vergessen!

WURSTWAREN

Konsum-Sülze Pfd. 0.38
Kons. Rot- u. Leberw. Pfd. 0.48
Kurmärker Leberwurst Pfd. 0.58
Dampfwurst Pfd. 0.70
Fleischwurst Pfd. 0.80
Hausmach. Leberwurst Pfd. 0.80
Bredenschweiger Pfd. 0.88
Jagdwiurst Pfd. 0.78
Wiener Würstchen Pfd. 0.95
Feine Leberwurst Pfd. 0.98
Cervelat und Salami Pfd. 0.98
Teewurst fein Pfd. 1.05
Schinkenwurst Pfd. 1.10
Grobe Holsteiner Pfd. 1.28
Schlackwurst l. Feld. Pfd. 1.10
Speck fett Pfd. 0.68
Speck mager Pfd. 0.84
Schinkenspeck Pfd. 1.18
Nußschinken Pfd. 1.30
Bierwurst ... Pfd. 0.85
Plockwurst .. Pfd. 0.90

KONFITUREN

Schok. Brezeln Pfd. 0.9 J
Schok. Waffelmischung Pfd. 1.10
Marzip.-Eier an 5 Stück 0.20
Lilliput Dragees gef. Pfd. 0.55
Housh.-Kakaopfd. 0.78 0.50
Honigkissen gef. Pfd. 0.85

DELIKATESSEN

Div. Fischmarinaden .. 2 Ds. 0.45
Brotheringe .. 1 Ur. Ds. 0.50
Pilchardst. div. Saucen Ds. 0.60
Span. Oelsardinen .. 1/2 Ds. 0.55
Brieslinge in Oel Tom. Ds. 0.55
Eisbela o. Knob. 1 Pfd. Ds. 0.55
Würstchen .. 5 Paar Ds. 0.65
Mixed-Pickles Ds. 0.75
Krabben Ds. 1.10, 0.75, 0.40
Ital. o. Heringsalat Pfd. 0.65

KOLONIALWAREN

Tafelreis an Pfd. 0.14
Weizenmehl 000 0.20
Auszugmehl an Pfd. 0.24
Vikt.-Erbsen .. 2 Pfd. 0.35
Linsen an Pfd. 0.12
Bohnen... an 2 Pfd. 0.25
Kaffee ger. an Pfd. 1.88

PFLANZEN UND SKIMMEREIEN

Cocospalmen an Topf 0.50
Aroyacarien an Topf 1.25
Clivia an Topf 2.50
Aspidistra an Topf 1.15
Aralien an Topf 1.45
Blum.- u. Gemüsesom. Tüte 0.05
Erbsen und Bohnen... Tüte 0.25

Gänse 55
russisch, gefr.
an Pfd.

Suppenhühner an Pfd. 0.70
Enten an Pfd. 0.50
Wolga-Hühner an Pfd. 0.55
Frische Gänse .. an Pfd. 0.85
Hirschspickbraten Pfd. 1.38
Kaninchen an Pfd. 0.65

OBST UND GEMÜSE

Weiß- od. Rotkohl Pfd. 0.07
Möhren 3 Pfd. 0.10
Kohl- o. Rote Rüb. 3 Pfd. 0.14
Vikt. Tafelapf. 2 Pfd. 0.35
Zitronen an Dtz. 0.25
Orangen Blutov. 3 Pfd. 0.54
Apfelsinen 3 Pfd. 0.44

FRISCHFLEISCH

Rinder-Rouladen Pfd. 0.88
Rinder-Spicksbrat. Pfd. 0.88
Rinder-Brust m. Kn. Pfd. 0.88
Kalbsroulade .. an Pfd. 0.88
Schweine-Schulter Pfd. 0.84
Rückenfell bratbar. Pfd. 0.58
Gehacktes Pfd. 0.50

KÄSE

Camembert Stück 0.15
Kamaour Stück 0.20
Harzer ca. 1 Pfd.-Pak. 0.28
Tilsiter o. Rinde Pfd. 0.58
Tilsiter feine Qual. Pfd. 0.70
Steinbuder vollfett Pfd. 0.70
Briekäse vollfett Pfd. 0.70
Allg. Stangenkäse vollfett 0.68
Edamervollfett Pfd. 0.64
Bayr. Schweizer vollf. an 0.85

TROCKENOBST

Pflaumen .. an Pfd. 0.24
Kirschen Pfd. 0.50
Pflirsche .. an Pfd. 0.55
Mandeln süß an Pfd. 1.30
Korinthen .. an Pfd. 0.55
Sultaninen .. an Pfd. 0.38
Mischobst an Pfd. 0.38

FETTE UND EIER

Schweineschmalz Pfd. 0.42
Bratenschmalz Pfd. 0.44
Griebenschmalz Pfd. 0.48
Margar. Cocosalt 3 Pfd. 0.95
Molkereibutter Pfd. 1.32
Tafelbutter Pfd. 1.40
Eier an 10 Stück 0.60

KONSERVEN

Jg. Kohlrabi 1/2 Ds. 0.38
Grünkohl 1/2 Ds. 0.50
Spinat 1/2 Ds. 0.42
Rotkohl 1/2 Ds. 0.42
Gemüse-Erbsen 1/2 Ds. 0.52
Jg. Erbsen m. Hefe 1/2 Ds. 0.74
Gem. Gemüse V 1/2 Ds. 0.58
Sellerie 1/2 Ds. 0.58
Spargelabschn. 1/2 Ds. 0.85
Pflaumen m. Stein 1/2 Ds. 0.58
Pflaumen o. Stein 1/2 Ds. 0.72
Preißelbeeren... 1/2 Ds. 0.85
Birken 1/2 Früchte 1/2 Ds. 0.80
Kirschen m. Stein 1/2 Ds. 0.90
Kirschen o. Stein 1/2 Ds. 0.88
Erdbeeren 1/2 Ds. 1.10
Vierfrucht-Marm. lose Pfd. 0.43
Kirsch-Konfiture .. lose Pfd. 0.68
Aprikosen-Konfiture l. Pfd. 0.68
Jg. Brech.-u. Schnitrb. Ds. 0.42
Pflirsche gz. 1/2 Ds. 0.75

FISCHE, RAUCHERW.

Seelachs o. K. l. Gz. an Pfd. 0.12
Kabeljaufilet an Pfd. 0.23
Grüne Heringean 3 Pfd. 0.32
L. Karpfen, Schleie an Pfd. 0.68
Bücklinge an Pfd. 0.20
Sprötchen ca. 1 Pfd. Kasten 0.24
Seelachs geräuch. Pfd. 0.32

In den Dochtallen spielen die Kapellen Efim Schachmeister und Ben Berlin • Im Erfrischungsraum spielt die Kapelle Starikow-Stupel

U - BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT - BAHNHOF

Verstaatlichung der Montanindustrie.

Weitere sozialdemokratische Gesekentwürfe: Für Arbeitsbeschaffung, gegen soziale Härten, für gerechte Mieten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag eine Reihe von Gesekentwürfen vorgelegt, die zum Teil von sehr weittragender Bedeutung sind. Besonders bedeutsam ist der „Entwurf eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie“. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird.

I.

Die im Privateigentum befindlichen Betriebe des Bergbaues einschließlich der Nebenbetriebe sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

II.

Die mit dem Kohlenbergbau verbundenen Betriebe der Grozeisenindustrie, sowie die mit dem Metallbergbau verbundenen Hütten und Walzwerke sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

III.

Für die Entschädigung sollen folgende Richtlinien gelten: Die Entschädigung erfolgt auf der Grundlage der gegenwärtigen Ertragswerte der vom Reich übernommenen Gesamtanlagen einer Unternehmung, jedoch mit der Maßgabe, daß nur für den Teil der übernommenen Anlagen, der im Durchschnitt der Kalenderjahre 1929—1931 effektiv ausgenutzt wurde, Entschädigungsanspruch besteht.

Rückständige Steuerbeträge, Forderungen und bereits gewährte Zuschüsse der öffentlichen Hand werden ausgerechnet.

Die Abgeltung für das auf dieser Grundlage ermittelte Nettovermögen erfolgt in Form einer befristeten Rente im Normalfuß von 5 Proz.

IV.

Die in Reichseigentum überführten Betriebe sind nach Industriezweigen in regionale Betriebsgesellschaften und zentrale Dachgesellschaften zusammenzufassen, an deren Aufsichtsratsorganen Vertreter des Reichstags, sowie der gewerkschaftlichen Fachverbände und Spitzenorganisationen angemessen zu beteiligen sind.“

Der sozialdemokratische Gesekentwurf sieht nicht nur die Verstaatlichung des Bergbaues, sondern auch der damit verbundenen Schwerindustrie, wie z. B. der Hütten- und Walzwerke vor. Die Entschädigung an die bisherigen Eigentümer soll nur den tatsächlichen gegenwärtigen Wert berücksichtigen; es ist bekannt, daß gerade in der Schwerindustrie bei vielen Unternehmungen ein großer Teil des Aktienkapitals als verloren anzusehen ist. Die Entschädigung soll nicht in bar, sondern durch Gewährung einer fünfprozentigen Rente erfolgen. Steuerbefreiungen und bisher gewährte staatliche Subventionen sollen angerechnet werden.

Die Aussichten auf Annahme des Gesekentwurfes sind nicht schlecht, wenn das Zentrum im Reichstag die gleiche Haltung einnimmt, die von seinen Vertretern in letzter Zeit wiederholt in der Öffentlichkeit eingenommen worden sind. Insbesondere hat der christliche Bergarbeiterführer Imbusch wiederholt die Verstaatlichung des Bergbaues gefordert, und es muß sich jetzt zeigen, ob diese Forderung tatsächlich ernst gemeint ist.

Prämienanleihe zur Arbeitsbeschaffung.

Außerordentlich wichtig ist der ebenfalls eingebrachte sozialdemokratische Gesekentwurf über die Auslegung einer Goldprämienanleihe. Dieser Gesekentwurf ist ein Teil des sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsprogramms und steht in engem Zusammenhang mit den beiden bereits vor einigen Tagen eingebrachten Gesekentwürfen über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues, sowie über die Umgestaltung der Haussteuer. Der Zweck des Prämienanleihegesetzes ist, die in großem Umfang gehaltene Banknoten aus den Sparstrümpfen herauszulockern und der Wirtschaft im Wege der öffentlichen Arbeitsbeschaffung wieder zuzuführen. Man rechnet damit, daß gegenwärtig mehr als 1 1/2 Milliarden Banknoten in den Sparstrümpfen stecken, und wenn es gelingt, auch nur einen Teil davon zu erfassen, so wäre damit für die Arbeitsbeschaffung schon erhebliches gewonnen.

Um diesen Zweck möglichst vollständig zu erfüllen, soll die Anleihe als Volksanleihe ausgegeben werden, die in kleine

Stücke zerlegt wird und neben einer Verzinsung von 4 1/2 Proz. einen besonderen Anreiz durch die Gewährung von Prämien erhält. Die Anleihe soll also einen Lotterietypus tragen, ähnlich den Los- und Prämienanleihen, die im vorigen Jahrhundert bei den meisten deutschen Staaten sehr beliebt waren. Auch nach dem Kriege hat es wiederholt solche Prämienanleihen gegeben, z. B. die deutsche Sparprämienanleihe von 1919 und die österreichischen Losanleihen von 1920 und 1921. Der Erlös der Anleihe soll zu zwei Dritteln für die Zwecke des Kleinwohnungsbaues und zu einem Drittel für die übrigen Zweige der Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Gegen Härten der Sozialversicherung.

Zwei weitere sozialdemokratische Gesekentwürfe sehen Änderungen der Renteordnung vom 8. Dezember 1931 vor. Der eine Entwurf bezweckt die Beseitigung der sozialpolitischen Härten, die die Renteordnung vom 8. Dezember auf dem Gebiet der Sozialversicherung und der Fürsorge gebracht hat. Es handelt sich hier vor allem um folgendes:

1. Bei der Krankenversicherung soll die Beschränkung auf die Regelleistungen aufgehoben werden.
2. Bei der Unfallversicherung sollen Erleidigungen zugunsten der niedrigen Renten eintreten.
3. Verbesserungen bei der Gewährung der Waisenrenten bzw. des Kinderzuschusses in der Invaliden- und in der Angestelltenversicherung.
4. Beseitigung der gegenseitigen Anrechnung beim Zusammentreffen der Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung.
5. Beseitigung von Härten bei den Ruhevorschriften bei Zusammentreffen von Renten aus der Invaliden- und Angestellten-

versicherung mit Krankengeld, Unfallrente usw. Während die Renteordnung alle Doppelbezüge aufgehoben hat, soll die frühere Freigrenze bei der Anrechnung wieder eingeführt und von 25 auf 40 Mark erhöht werden.

6. Neue Vorschläge bringt der Gesekentwurf über die gegenseitige Anrechnung der Wartezellen beim Übergang von Versicherten aus der Invalidenversicherung in die Angestelltenversicherung und umgekehrt.

Gerechte Wohnungswirtschaft.

Der Gesekentwurf der sozialdemokratischen Fraktion über die Abänderung der wohnungswirtschaftlichen Bestimmungen der Renteordnung sieht insbesondere vor:

1. Ausdehnung der Mietentlastung auf die Untermieter.
 2. Wiederherstellung der bisherigen Vorschriften des Mieterhöhungsgesetzes und des Reichsmietengesetzes.
 3. Streichung der Vorschriften über das alsbaldige Aufheben des Mietmangelsgesetzes, des Reichsmietengesetzes und des Mieterhöhungsgesetzes.
- Im Zusammenhang damit verlangt ein besonderer sozialdemokratischer Antrag die Erleichterung der Tilgung von Hypotheken und Grundschulden durch Pfandbriefe sowie die Ausdehnung dieser Tilgungsmethode auf Kommunalanleihen. Die Durchführungsbestimmungen zur Renteordnung vom 8. Dezember haben diese Tilgungsart auf Betreiben der Hypothekendarsteller außerordentlich erschwert.

Schließlich fordert ein sozialdemokratischer Antrag die Reichsregierung auf, endlich die erforderlichen Schritte zum Aufbau einer dauernden Kartellaufsicht entsprechend dem sozialdemokratischen Gesekentwurf über Kartell- und Monopolkontrolle vom Dezember 1930 zu unternehmen.

Und wieder die Brotpreise.

Berliner Bäcker verlangen von neuem Preiserhöhung.

In seiner gestrigen Rede hat Reichskanzler Brüning die Verhinderung jeder Preisvermehrung versprochen.

Es geht schon wieder mal los mit der Brotpreiserhöhung. In Berlin wollen die Innungsmeister den Preis von 45 auf 47 Pf. pro Brot, d. h. für 1250 Gramm erhöhen. In anderen Wirtschaftsbezirken soll eine Erhöhung bereits vorgenommen worden sein. Die Forderung nach einem höheren Brotpreis wird mit den gestiegenen Mehlpreisen begründet.

Die gegenwärtige Regelung, die auf ein Eingreifen des Preisermittlers Dr. Goerdeler zurückgeht, besteht noch nicht ganz zwei Monate. Seitdem haben sich — und darin haben die Bäckermeister schon recht — die Dinge am Getreide- und Mehlmarkt etwas geändert. Wir geben diese Veränderung in folgender Zusammenstellung wieder:

	Ende Dez. 1931 (Richtungen an der Berliner Börse in RM.)	Ende Febr. 1932
Roggen ab märkischer Station pro t	186—188	193—195
Roggenmehl pro Zentner	25,50—27,00	28,00—29,50

Als sich der Preisermittler Dr. Goerdeler Ende des Jahres 1931 an die Regelung der Brotpreise machte, ging die sogenannte Bäckerspanne, also der Unterschied zwischen dem Preis für 1 Kilogramm Brot, im Berliner Wirtschaftsbereich von 16,7 Pf. auf 14 Pf. zurück. Die Spanne, mit der der Bäcker seine Unkosten, Gewinn usw. bestreiten muß, dürfte seitdem nach unserer Berechnung auf 12,7 bis 12,8 Pf. gesunken sein. Die Bäcker wollen die alte Gewinnspanne von 14 Pf. wieder herstellen und schließen dabei über das Ziel hinaus. Denn eine Verteuerung des Brotes in Berlin auf 47 Pf. würde die Spanne über 14 Pf. steigern. Daß das natürlich nicht in Frage kommen kann, versteht sich wohl von selbst.

Wie die von uns in Zahlen wiedergegebene Entwicklung zeigt,

liegen die Unruhefaktoren durchaus bei den Roggen- und Mehlpreisen, im Grunde genommen bei der Preispolitik des Reichs-ernährungsministers Schiele. Schiele will die Getreidepreise unter allen Umständen möglichst hoch halten. Er hat sich zwar gegenüber dem Preisermittler verpflichtet, die Preise nicht über 200 RM pro Tonne zu treiben. Das hindert ihn aber nicht, den Roggenpreis dicht unter der Grenze von 200 M. zu halten. Was natürlich zur Folge hat, daß der Mehlpreis getrieben wird.

Auf jeden Fall lehnen die breiten Massen es ab, daß die Preispolitik des Reichs-ernährungsministers zu ihren Lasten geht.

Bierpreis und Bierstreik.

Eine Erklärung der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Vom Vorstand des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter erhalten wir folgende Zuschrift:

Die vom Preisermittler Dr. Goerdeler verordnete Bierpreisfestsetzung entspricht nicht den Erwartungen vieler Bevölkerungsschichten. Auch uns betrifft sie nicht. Wir haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß eine für die Arbeiterschaft fühlbare Preisfestsetzung nur unter gleichzeitiger Senkung der Biersteuer möglich ist. Weder das Reich noch die Gemeinden haben Vorklärungen in der hohen Steuerlasten, nachdem der Bierabsatz von Monat zu Monat sinkt und die Steuererträge laufend weniger werden.

Die vom Preisermittler verordnete Preisfestsetzung, die eine Herabsetzung des Ausschankpreises um 4 Pf. pro Liter oder 1 Pf. pro Vierteliter bringt, ist keine fühlbare Preisfestsetzung. Die Gastwirte wenden sich, wie der Streik in Hamburg zeigt, gegen diese detaillierte Preisfestsetzung. Sie erklären sich außerstande, den vom Preisermittler Dr. Goerdeler festgesetzten Anteil der Ermäßigung von 2 M. pro Hektoliter tragen zu können und fordern Ermäßigung der Bier- und Getränkesteuern. Unseres Erachtens dürfte dieser Weg der Gastwirte, durch Streik einen schnelleren Steuernachschuß zu erreichen, nicht den gewünschten Erfolg bringen. Besonders dann nicht, wenn politische Drahtzieher glauben, ein Parteigefühl daraus zu machen. Die Brauereiarbeiter haben auch hierbei die Folgen zu tragen, Massenentlassungen sehen ein.

Nachdem es bei dem Bierstreik beteiligten Gastwirten in Hamburg zu dümmern beginnt, verlegen die Akteure ihr Operationsfeld nach Berlin. Sie finden auch hier bei den Gastwirten willige Ohren und versuchen, die Gastwirte für ihre politischen Ziele einzufangen. Es sollen nunmehr auch die Berliner Brauereiarbeiter, die seit mehr als einem Jahr stark gekürzt arbeiten, auf Betreiben der Nazis und der Kommunisten in Massen arbeitslos werden. Das trifft nicht nur für Berlin, sondern auch für andere Städte zu, wo derzeitige Aktionen inszeniert werden sollen. Hierzu werden noch laufende arbeitslos werdende Gastwirte geblieben kommen; ganz abgesehen von all den kleinen Gastwirten, die in der Hauptstadt auf Bierauskunft angewiesen sind, von denen, wenn die Pläne der Drahtzieher gelingen, sich viele nicht mehr hinter den Schantisch zu stellen brauchen.

Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wandte sich gegen die in den letzten Jahren erfolgten Biersteuererhöhungen, weil mit einem starken Rückgang des Bierkonsums und erheblichem Steuerausfall gerechnet werden mußte und zahlreiche Brauereiarbeiter existenzlos werden würden. Unsere seit jeher eingenommene Stellungnahme hat sich als richtig erwiesen.

Ein Bierstreik zu dem den Gastwirten vorgeschlagenen Zweck nützt außer dem Agitationsbedürfnis der Radikalen niemandem; es bleiben vielmehr nur zahlreiche Arbeitnehmer und Gastwirte Opfer auf der Strecke.

In glänzender Isolierung.

Die Berliner Handelsgesellschaft gibt 4 Prozent Dividende.

Die Berliner Handelsgesellschaft, die kleinste der Berliner Großbanken, die aber wie die Reichskreditgesellschaft keine Filialen unterhält, befindet sich mit ihrem Abschluß für das verstlossene Jahr in wirklich glänzender Isolierung gegenüber den privaten Berliner Großbankgesellschaften. Die Berliner Handelsgesellschaft weist keine offenen Verluste aus, verteilt eine Dividende und ist offenbar die gesündeste Berliner private Aktiengesellschaft. Natürlich hat auch sie Verluste erlitten. Im vorigen Sommer schlen sie infolge des Zusammenbruchs der Schröderbank in Bremen sogar heftig angeschlagen. Immerhin braucht sie keine Kapitalherabsetzung vorzunehmen.

Die Gewinnrechnung zeigt gegenüber dem Vorjahr sogar erhöhte Ziffern: Zins- und Diskontoeinnahmen sind von 6,45 auf 6,71, Provisionen von 3,03 auf 3,14 Millionen Mark gestiegen. Dabei hat man noch vorweg Gewinne zurückgestellt, um auf laufende Forderungen gewisse stille Abschreibungen zu machen. Die Vermögensverluste sind von 5,06 auf 4,59 Millionen Mark, die Steuern von 1,28 auf 0,94 Millionen erheblich zurückgegangen, so daß sich ein Gesamtjahresgewinn von 4,04 Millionen Mark ergibt. Aus diesem Gewinn nimmt man für offene Abschreibungen 2,5 Millionen zur Deckung der übrigen Debitoren- und Effektenverluste heraus und verteilt aus dem Reingewinn von 1,54 Millionen eine Dividende von 4 Proz. Bei der Fest-

setzung der Dividende wollte man offenbar zum mindesten nicht hinter der Reichskreditgesellschaft zurückbleiben, die wohl der schärfste Konkurrent der Berliner Handelsgesellschaft geworden ist. Es mutet wie ein Scherheitsfehler an, wenn man trotz der 4prozentigen Dividende das ausgewiesene eigene Kapital doch etwas verkleinert. Man nimmt nämlich aus den Reserven, die im vorigen Jahr 15 Millionen Mark betragen haben, 5 Millionen Mark heraus, um teils weitere Verluste abzuschreiben, teils innere Verlustreserven zu bilden.

In der Bilanz zeigen sich durch die Abzüge der Auslandsgelder die zu erwartenden Verschleibungen. Der gesamten fremden Gelder sind von 397 auf 293 Millionen zurückgegangen. Akzeptverpflichtungen haben sich von 25 auf 36 Millionen erhöht. Die Bilanzseite zeigt bei den flüssig gehaltenen Mitteln eine überraschend hohe Liquidität. Mit 63,4 gegen 62,1 Proz. sind unter Einrechnung der Warenvorräte die greifbaren Mittel gegenüber dem Ende des Vorjahres sogar noch vermehrt. Unter Berechnung der Warenvorräte beträgt die Liquidität 37,30 gegen 37,35 Proz. der Kreditoren. Bei den eigenen Wertpapieren und Konfiskationsbeteiligungen, die auch im Nominalebetrog zurückgegangen, sind starke Abwertungen von zusammen 25,8 auf 16,5 Millionen vorgenommen. Die Schulden in laufender Rechnung sind von 167,7 auf 123,8 Millionen verringert. Die Umsätze sanken von 24,8 auf 20,4 Milliarden Mark.

Paul F. Schmidt:

Goethe und die bildende Kunst

Große Leute haben regelmäßig auch ihre Schwächen, aus allgemeinen Gründen der Gebrechlichkeit der Welt; man muß sie sich nur eingestehen und sie gegen den überwiegenden Wert ihrer sonstigen Leistung halten, da gehen sie schon so mit und geben dem Gesamtbild Farbe und Interesse. So darf man sich auch bei Goethe nicht verhehlen, daß sein Verhältnis zur bildenden Kunst bedenklich und er da ein arger Schulmeister gewesen ist, der kraft seiner Autorität manches Unheil angerichtet hat. Weil aber die Goethe-Philologie und demzufolge die Lehrer in den Schulen davon nichts wissen wollen und uns in früher Jugend vielfach eingeprägt wird, daß die Sprache, die Gessung, Bismolmann und Goethe über die bildende Kunst ausgegeben haben, ewig gültige, auch für uns gültige Weisheiten darstellen, darum muß einmal in diese „alten Kumpelkannern menschlichen Irrtums hineingelauert werden. Man darf nicht jede Zeile, die Goethe geschrieben hat, für Offenbarung des heiligen Geistes halten; es steht damit ganz so wie mit anderen heiligen Schriften.

Goethe war ein Kind des 18. Jahrhunderts, dessen epochemachende Entdeckung auf ästhetischem Gebiet die Lehre Bismolmanns war: daß die Antike allein die große weltbedeutende Kunst geschaffen habe, die für alle Zeiten vorbildlich sei; und flugs bemächtigt sich phantastische Maler, wie Mengs, Defer, Tischbein u. a. Dieser bequemen Aesthetik: man brauchte nur die „unachahmlichen Griechen“ und dazu Raffael nachzuahmen, ihre Gestalten in Bilder handelnd einzufügen, um so groß und bedeutend zu sein wie die Originale selbst.

Das klingt uns heute unbegreiflich und wie ein schlechter Witz. Es war aber jener Zeit um 1770 bitterster Ernst damit, man kann es in allen wichtigen Schriften der Epoche nachlesen und in zahllosen Bildern und Statuen nachsehen. Mit Recht sind diese Ausgeburt eines mißleiteten Rationalismus auf philosophischem wie künstlerischem Gebiet vergessen. Nicht vergessen sind sie aber leider in Goethes Schriften und ihrer Nachwirkung.

Goethes Kunstverständnis setzte sich aus zwei Erfahrungen seiner Jugend zusammen, die bekanntlich am härtesten sich erhalten und wirklich auch sein ganzes Leben durch bestimmend geblieben sind: aus der Bekanntschaft mit den schwächlichen Frankfurter Malern Schäg, Traumann, Seetay, Morgenstern usw., deren äußerst mäßige Bildchen er als Knabe im Hause seiner Eltern und Bekannten und die er selber bei der Arbeit für den in Dingen der Kunst ganz ohnungslosen Königsleutnant Thoranc sah — und aus den Lehren Defers in Leipzig (wohin er als sechzehnjähriger Student kam), der ihm die Vollkommenheit der Antike als nachahmenswertes Ideal hinstellte. Dieser klassizistische Einfluß wurde später, in Weimar und in Rom, noch verstärkt durch die Kenntnis von Bismolmanns Schriften und von antiken Kunstwerken und durch den Einfluß von Künstlern wie Burg, Angelica Kaufmann, Hackert, Wilhelm Tischbein, die ihn in Rom wie eine Leibgarde umgaben und jeden frischen Hauch besserer Kunstkenntnis von ihm fernhielten.

Die Wirkung so einseitiger Orientierung zeigte sich nach der Rückkehr von Rom, da Goethe, im Verein mit Schiller, vor allem aber mit dem beherrschenden Zeichenmeister Meyer aus Stäfa, seinem Kunstorakel, das er sich eigens nach Weimar holte, eine ebenso fruchtbare wie gefährliche Kunstschritstellerei begann. Rachelmader schuf er sich in den 1790er Jahren die „Horen“, die „Propyläen“ und später (1817) noch „Kunst und Altertum“ als Zeitschriften, die quadratisch König Kunstschritsteller als Sprechrohr dienten. In ihnen kann man, wenn man Lust hat, nachlesen, was er über alle Kunst, über Aesthetik, über die Kunst seiner Zeit dachte, und nicht nur das: als Norm und Richtmaß für jedes künstlerische Schaffen aufstellte. Es ist das alte kunstwidrige Dogma der Nachahmung der Antike, die er (nach Bismolmanns Vorbild) so verstand: vor allem „gefällig“, mit „Anmut und Schönheit“, und nach den damals bekannten mäßigen Werken spätgriechischer oder gar römischer Herkunft; denn ihm galten Laocöon, Hera, Aphrodite, Apoll von Belvedere und die römischen Bauten einer Berufszeit als das Wunderbare, während wir die griechische Kunst in ihrer echten Gestalt als von ganz anderer Art erkannt haben. Wo Goethe übrigens den Spuren dieser wirklichen Griechenkunst begegnete, erschienen sie ihm fatal und unheimlich und durchaus nicht nachahmenswert; so steht in der „Italienischen Reise“ sein Erlebnis mit den Tempeln von Paestum, die ihm im Herzensgrunde nur Grauen einflößten. Nehmlich war es mit Michelangelo, mit der Gotik und allem Starren und Charaktervollen in der bildenden Kunst: er lehnte es ab.

Und er begnügte sich keineswegs mit privater Ablehnung; er gedachte seine Zeitgenossen zu seiner eigenen Ansicht zu bekehren und die Künstler in die Bahn der klassizistischen Nachahmung zu zwingen. In dieser Absicht schrieb er, in Gemeinschaft mit dem „Kunst-Meyer“ in seinen Zeitschriften zahlreiche Artikel, griff überall persönlich, wo er konnte, in die Erziehung junger Künstler ein, erließ Preisauschreiben, die darauf hinausliefen, den Malern, Themen aus dem Altertum zur Bearbeitung zu stellen, und führte eine Menge Festen mit Kunstfreunden und Künstlern. Mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit stand er auf der Seite des Ueberlebten und führte vor allem gegen alles „Deutschtümliche“ und gegen die aufkommende Romantik einen erbitterten Kleinkrieg. So trat er immer für die Mittelmäßigen unter den zeitgenössischen Malern ein, wenn sie nur in seinem Sinne schufen, und lehnte die mehreren Führer einer neuen Kunst fast reflexhaft ab: Carlens, Gottfried Schadow, Kuno, Cornelius, C. D. Friedrich u. a. sind schände von ihm zurückgewiesen worden, und nicht nur dann, wenn sie vertrauensvoll kamen, sich seinem Kunsturteil zu unterwerfen.

Erreicht hat er schließlich nichts damit, die Entdeckung zur Romantik, zur deutschen Form des 19. Jahrhunderts, im Widerstreit gegen das Altertumsideal raffisch-antischer „Schönheit“, ließ sich nicht aufhalten. Was von seinen amtsschriftlichen übrig blieb, ist aber leider ihre stille und heimliche Einwirkung auf die Kunstanschauung des deutschen Volkes. Kraft der hohen Achtung, die alles von seiner Seite kommende im gebildeten Bürgertum des 19. Jahrhunderts genoss, geriet die Romantik ummerktlich in Verfall, und es wurde wieder, wie in Goethes Jugendjahren, das Ideal des Klassizismus den Deutschen als Bildungsnorm aufgedrückt. Noch ein so bedeutender Künstler wie Feuerbach war von diesen Ideen, zu seinem Schaden, ganz befangen; und die unvergleichlichen Maler der Berliner Jahrhundertschau wie uns völlerger Nacht herausgehoben wurde. Das gipfelnde Ideal der Kunstauffassung beherrschte bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts hinein diese, ja die meisten der Akademien, und völlig die höheren Schulen für Kinder.

Jetzt, da wir längst diesem Spul entronnen sind und uns angefangen seiner ungeheuren Fülle von Kunstgebilden der ganzen bewohnten Erde seit fünf Jahrhunderten in einer prägnant vitalen und phantastischen Kunst unserer eigenen Zeit die Augen reiben, fragend, wie es denn möglich gewesen sei, daß ein so großer und überschauender Mann, ein Entdecker und Genie auf so vielen Gebieten wie Goethe, sich in dem einen Fall der bildenden Kunst gründlich getriert haben könnte: jetzt durchschauen wir auch Grund

und jeßliche Voraussetzung eines so schmerzlichen Unheils. Die kleinen Frankfurter Maler aus der Umgebung des Vaterhauses, die Traumann, Seetay usw. haben noch nicht ihr Wort gesprochen. Sie sind es, deren klägliche Pinsel dem aufgeweckten Knaben überall als begehrte Kunstwerke begegneten und für sein Leben zum Maßstab wurden: denn selten vermag man sich von infantilen Eindrücken stärkster sinnlicher Art zu befreien. Es kamen die gleichlautenden Erfahrungen in Leipzig, Weimar und Rom hinzu, wo das Unglück wollte, daß Goethe immer nur auf schwache und laue Charaktere traf, die seine vorgefaßte Meinung unterstützten. Einmal, in Straßburg, hat er einen glücklichen Augenblick gehabt, als er die Herrlichkeit der Gotik im Rünster und in Dürers Kunst erkannte und dieser Einsicht ein unsterbliches Denkmal setzte in seinem

Der Amerikaner

Der Ball in dem vornehmen Hotel erreicht seinen Höhepunkt. Im großen Saale schmettert das Orchester, und die Langbänke schmelzen zu einer weichen Masse zusammen. In einem kleinen Saale steht ein aufgeregter Herr und schreit: „Zwei Mark ein Tombolalas, meine Damen und Herren! Zwei Mark! Bitte, die Gewinne zu beschließen!“

Ein langer Herr mit einer Brille in Begleitung einer kleinen Blondine beschäftigt die Gewinne. Er wippt sich die Stirn ab und läuft zwei Karren. Das heißt: er bezahlt vier Mark, greift in das Rad, das von dem aufgeregten Herrn bedient wird, und zieht zwei gerollte Lose heraus. Beide sind leer.

Der aufgeregte Herr beginnt von neuem zu schreien. Aus dem Tanzsaal taucht plötzlich ein grauhaariger, glattrasierter vornehmer Herr hervor. Die Hände in die Taschen gesteckt, blickt er vor dem Glücksrad stehen und betrachtet es aufmerksam. Nach fünf Minuten fragt er: „What's that?“ Der aufgeregte Herr wird plötzlich ruhig und beginnt zu erklären.

„Well, geben Sie mir zehn Stück! Was zahle ich?“

„Zwanzig Mark, bitte!“

Der grauhaarige Herr nimmt zehn Kugeln aus dem Rade und fängt an, sie zu entfallen. Das neunte Los gewinnt. Der aufgeregte Herr drückt ihm eine kleine Marmorstatue in die Hand. Der Grauhaarige dreht die Statue hin und her. „Sehr gut“, sagt er, „geben Sie mir noch zwanzig Tickets!“ Er bezahlt vierzig Mark, zieht Kugeln und entfällt sie. Mit zweien hat er wieder gewonnen. Er bekommt ein Volksservice und eine Gans. Da ruft er den Kellner und übergibt ihm die Gewinne. „Bereiten Sie! Und bringen Sie einen Sessel!“

Der Kellner rückt fort und kommt mit einem Sessel zurück.

„Sehr gut“, sagt der Grauhaarige, „jetzt gehen Sie fünfzig!“

Er sitzt und entfällt. Er hat schon einen Pelztragen, einen Kofferapparat, ein halbes Duzend Hüftenhalter und einen Staubsauger gewonnen. Sader Kellner bekommt etwas. Dann steht er plötzlich auf und sagt: „Excuse! Ich komm gleich. Bitte auf Sessel aufpassen!“ Verschwindet, geht auf sein Zimmer, kommt zurück.

„Frühes Ged“, sagt er und setzt sich. „Geben Sie zweihundert!“ Der Tanzsaal leert sich. Alles kommt in den kleinen Saal und beobachtet den Grauhaarigen. Die Kellner lauern. Wenn sie vorbei müssen, bleiben sie neben ihm stehen und warten. Dann bekommen sie etwas geschenkt und können gehen.

Der grauhaarige Herr arbeitet kühl und gemessen. Unter den zweihundert Zetteln waren zwölf Gewinnnummern. Er verteilt alles. Dann kauft er immer noch neuem, entfällt, gewinnt, verteilt.

Es vergehen Stunden. Das Glücksrad ist schon fast leer, der Gewinnlich auch. Da fährt er plötzlich auf. Es blüht in seinen Augen und er tritt gravitätisch an das Rad heran. „Bassen Sie auf!“ sagt er zu dem aufgeregten Herrn. „Jetzt geben Sie mir nur eins!“ Er ahmet tief, drückt die Augen zu und zieht ein Los heraus. Langsam und andachtsvoll öffnet er es. Der Zettel ist leer. Er schüttelt den Kopf und trägt seinen Blick verzagt umher. „Ich habe Bech“, sagt er. Und geht traurig aus dem Saale.

Russischer Alltag

Die nachfolgenden Schilderungen sind keine Erfindungen russischer Humoristen, sondern enthalten eine wortgetreue Wiedergabe wirklicher Vorgänge, die wir dem lokalen Teile der Moskauer Zeitung „Koslow an Abend“ entnehmen.

Soden und andere Nichtigkeiten.

Die Altentafel unter dem Arm, betrat ein Bürger mittleren Alters die Annahmestelle des Moskauer Wäschereigewerbenverbandes auf der Großen Dunitrowska. Gewichtig öffnete er seine Altentafel und zog einen Haufen schmutziger Wäsche hervor. Der Angestellte hinter dem Ladentisch zählte die Wäsche aufmerksam und schob sie dem Kunden wieder zu. „Unter zehn Stück nehmen wir nicht an.“

„Aber, bitte, es sind ja zwanzig Stück.“

„Ja, wenn Sie Soden und andere Nichtigkeiten hinzurechnen. Als Stücke gelten nur Unterhosen und etwa Laken.“

Der Bürger stand eine Weile starr. Dann erkundigte er sich trübselig: „Gibt die Sotterbede eines Zirkusleiters als „Stück“ oder nicht?“

„Bisher ist uns noch keine gebracht worden. Aber ich glaube, sie wird schon als Stück gelten.“

Da der Bürger weder einen dreifünftel Elefanten bejaht noch die zu ihm gehörige Sotterbede, so verließ er, im Zigarettenrauch gehüllt, die Wäscherei. Auf dem Strass-Boulevard konnte er eine andere Annahmestelle des Wäschereiverbandes. Schmutzradz eilte er dorthin und schüttete den Inhalt seiner Altentafel auf den Ladentisch. Doch wieder erklang es unbefugsam: „Unter zehn Stück nehmen wir nicht an.“

Der Bürger, der das Unglück hatte, nicht ganz so viele Stück Wäsche schmutzig getragen zu haben, bestieg die Elektrische und fuhr nach der Annahmestelle derselben Wäscherei auf der Sutschewstrasse. Doch auch dort hieß es: „Unter zehn Stück...“

Er eilte nach der Sadowaja, Ecke Mlammowa, wo sich ebenfalls eine Wäscherei des Gewerbenverbandes befand. Abermals wurde die Wäsche gezählt und ihm zurückgegeben. „Zu wenig. Die Stückzahl ist nicht voll.“ Da ließ sich der Bürger auf ein Taburett setzen und begann, eifrig sein Zeug abzuströpfeln.

„Aber ich bitte Sie, was soll denn das heißen?“ gab der Angestellte entrüstet seinem Erstaunen Ausdruck.

„Na, mit der Wäsche, die ich noch an habe, werden schon zehn Stück herauskommen. Es hat nichts weiter auf sich. Sie können immerhin waschen; ich warte unterdessen.“

„Aber wir liefern die Wäsche nicht unter drei Wochen. Wollen Sie etwa drei Wochen lang nackt dastehen und warten?“

Der Bürger, der ein beruflich außerordentlich in Anspruch genommener Mann war, konnte nicht umhin, die Nichtigkeit dieses

Aussatz „Von deutscher Baukunst“ (1771). Aber dies geschah unter dem segensreichen Einfluß der Herderschen Ideen, und es hat Goethe nicht gehindert, bald darauf alles Gotische als minderwertig zu betrachten.

Dennoch fragt man: warum denn diese unbegabten Maler alle so unfehlbar auf Goethe wirkten und warum er fast mit Sicherheit das Bedeutende, Rinnliche, Charaktervolle in der Kunst abgelehnt habe? Man wird kaum fehlgehen, wenn man als tiefstehend erkennt. Von frühester Kindheit an hat er gezeichnet und während seiner Beschäftigung mit der Kunst immer wieder sich auf dem Papier in Wiedergabe der Natur versucht. Leider aber war sein Talent hier unbedeutend. Unterbewußt hat er es erkannt, aber vor sich selber mußte er sich in seiner dilettantischen Tätigkeit rechtfertigen; und so nahm er mit Begierde die schwächsten seiner Zeitgenossen als Muster, denen er nachstrebte und die ihm als unerreichbar Vorkommene erschienen. So urteilte Goethe nicht unparteiisch und legte letzten Endes sein eigenes Hervorbringen als Maßstab an die gesamte bildende Kunst.

Himmel zu einzusehen. Wo ging er fort, in der Absicht, schließlich die letzte Garnitur Wäsche, die ihm noch verblieben war, schmutzig zu tragen, und nahm die Altentafel wieder mit, deren Inhalt nicht die erforderliche Stückzahl aufzuweisen hatte.

Drei Quittungen.

Die Bürgerin Klepowa, die auf der Tschelnaja 9 wohnt, erhielt eines Tages von der Polizei ein Strafmandat mit der strengen Anweisung, drei Rubel Strafe für eine Fahrt ohne Fahrkarte an die Kasse der Staatsbahn einzuzahlen. Am nächsten Tage errichtete die Klepowa das Strafgeld und erhielt eine Quittung.

Eine Woche war vergangen, als gegen 10 Uhr abends ein Polizist sich bei der Klepowa meldete: Die Bürgerin, die sich im vergangenen Sommer auf der Linie Schawarontki—Moskau ein Eisenbahnergehen hatte zuschreiben lassen, solle sich sofort der sechsten Abteilung stellen. Die Klepowa stellte sich. An der ausgegangenen Zigarette laugend, sagte der Diensthabende: „Sie haben drei Rubel Strafe zu erlegen für eine Fahrt ohne Fahrkarte.“

„Die habe ich ja schon bezahlt.“ Und sie legte die Quittung der Staatsbahn vor.

„Schön?“ dehte der Diensthabende, außerordentlich enttäuscht, daß das Vergehen, das er seit geraumer Zeit bearbeitete, von einem anderen aufgedeckt worden war. „Oho, zeigen Sie mal Ihre Quittung her! Wo... Sie bekommen eine neue.“

Ein noch so scharfsichtiges Auge hätte an der neuen Quittung keinerlei Vorzug wahrzunehmen vermocht. Und nun wurde am 4. Dezember die Wohnung, die die Bürgerin Klepowa bewohnte, durch Sturmgeläut in Aufruhr gebracht. Man eilte zur Tür, als die Glocke zum zweiten Male schrillte. Die Tür flog auf, und im grünlichen Schimmer trat die magerere, schneerote Gestalt des Polizeikommissars über die Schwelle. „Die Bürgerin Klepowa!“ bejaht er, durch die Gewichtigkeit seines Auftretens seinen Pflichteifer dokumentierend, den weder die frühe Morgenstunde, noch das schlechte Wetter aufzuhalten vermocht hatten. „Das bin ich“, sagte die Klepowa und trat einen Schritt vor.

„Haben Sie die Güte, drei Rubel Strafe für eine Fahrt ohne Fahrkarte zu erlegen!“

„Ich habe sie bereits erlegt.“ Sie zog die Quittung hervor, die sie fortan Tag und Nacht bei sich trug.

„Oho!“ ruzelte der Polizeikommissar die Stirn, während er die Quittung musterte. „Ach, stellen Ihnen sofort eine neue aus.“ Er öffnete seine Altentafel und hüllte sorgsam eine Quittung aus, die sich von den beiden vorhergehenden durch nichts weiter unterschied als durch die Handschrift.

Wolfgang Karlmann: Straßenbekanntschaften

Ich mache doch ab und zu Straßenbekanntschaften. Das ergibt sich fast von selbst. Wenn man täglich denselben Weg geht, jahraus, jahrein, dann begegnet man doch immer wieder ein und denselben Menschen, die im Quartier wohnen, auch den gleichen Weg gehen, zur Untergrund, in die Stadtbahn, zum Bus oder ins Café, zum Zeitungsmann an der Ecke. Von diesen vielen täglichen Gesichtern merkt man sich im Lauf der Zeit einige, sympathische und unsympathische, Frauen und Männer, junge und alte. Natürlich besonders junge, hübsche, und Damen natürlich.

Ich habe jetzt schon eine ganz nette Anzahl solcher Bekannter beisammen, männliche und weibliche. Nicht alle kenne ich persönlich. Mit einigen stehe ich bereits auf dem Größten. Mit anderen wechselt ich bloß verständnistunige Blicke. Mit der Mehrzahl bin ich mir im unklaren, was damit zu geschehen hat in Zukunft, grüßen oder weiterhin ignorieren. Einige werden allmählich reif zum persönlichen Bekantwerden. Das ergibt sich dann zwanglos, in der Tram beim Aussteigen, beim Zeitungsmann, oder wenn ich meinen Hund spazieren führe. Manchmal ist es sehr nett und reizvoll, öfters eine Enttäuschung. Man hat sich den Menschen im Laufe der Wochen und Monate anders vorgestellt. Ihm geht es vielleicht ebenso. Wenn es eine „Sie“ ist, wirkt so etwas besonders schmerzhaft. Man ist um eine Hoffnung ärmer. Mit den wenigsten wird man, was so „gut Freund“ heißt. Die mochten und werden immer anderswo. Ich bin jetzt schon ein wenig skeptisch geworden. Man ist sich gegenseitig kein Geheimnis mehr. Es ist wie eine platonische Ehe auf Entfernung. Man sieht sich zu oft. Man weiß und weiß nichts. In der Vermutung liegt Abgründiges. Der Zauber ist dahin.

Aber es gibt doch noch Aufregungen. Die Frage, ob ich morgen die hübsche Blondine, die seit einigen Wochen nebenan wohnt, beim Einsteigen in den Bus grüßen soll oder noch warten, macht das Herz für Minuten rascher schlagen. Natürlich werde ich sie grüßen! Aber was dann? Was wird sie sich dabei denken? Daß ich ihre Bekanntschaft machen will? Vielleicht will sie längst meine Bekanntschaft machen und wartet nur auf meinen Gruß. Sie betrachtet mich ersten Blickes. Einmal verzog ich dabei meinen Mund. Da schaute sie weg und verzog auch ihren Mund. Jetzt ist es höchste Zeit, daß wir uns grüßen. Ich werde ihr später eine Karte ins Theater schicken. Aber damit hat es noch Zeit. Ueberhaupt Geduld haben, das ist etwas Schönes. Es imponiert den Frauen sehr. Aber man wirkt dabei leicht arrogant. Ja, die Blonde wird morgen gegrüßt!

Mit den männlichen Bekannten par distanco habe ich kein Glück. Sie sehen in mir offenbar einen Konkurrenten. Ich habe noch keinem etwas zu leid getan. Sie denken vielleicht, ich hätte Glück bei Frauen, ich nähme ihnen eine weg. Einen anderen Grund für ihre gemessene Feindschaft gibt es nicht. Sie sind böse auf mich, weil es mir gar nicht eilt. Sie haben es noch nie erlebt, daß ich abgehängt bin. (Ich auch nicht bei ihnen.) Schade. Man ist manchmal so allein. Müde geht mit einem klugen Mann ein paar Worte wechseln. Na schön, dann aber nicht. Weibchen wir feindschaftlich nachharn bis in alle Ewigkeit.

Aber morgen werde ich bestimmt die Blonde grüßen!

